

# Stenographischer Bericht

über die

## Verhandlungen des Bayerischen Landtags

### Einhundertvierzigste öffentliche Sitzung

Nr. 140

Freitag, den 20. Januar 1950

V. Band

Geschäftliches . . . . . Seite  
601, 608, 615, 620

#### Besprechung der Interpellation der Abgeordneten Stoß und Fraktion betreffend ansteigende Arbeitslosigkeit in Bayern (Beilage 3270).

Staatsminister Dr. Seidel . . . . .	601
Drechsel (SPD) . . . . .	608
Weidner (FDP) . . . . .	611
Pfehler (SPD) . . . . .	618
Schmid Karl (CSU) . . . . .	614
Dr. Franke (SPD) . . . . .	616
Dr. Hille (SPD) . . . . .	616
Hofmann (SPD) . . . . .	619
Staatssekretär Fischer . . . . .	620

(Die Sitzung wird vertagt.)

Die Sitzung wird um 10 Uhr 14 Minuten durch den I. Vizepräsidenten Hagen Georg eröffnet.

**I. Vizepräsident:** Ich eröffne die 140. Sitzung des Bayerischen Landtags.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt beziehungsweise beurlaubt die Abgeordneten Berger Ludwig, Brunner, Eichelbrönnner, Endermann, Dr. Horlacher, Kunath, Luz, Mack, Dr. Pfeiffer, Riedmiller, Dr. Rindt, Sauer, Dr. Schlögl, Schütte.

Ich rufe auf:

#### Besprechung der Interpellation der Abgeordneten Stoß und Fraktion (SPD) betreffend ansteigende Arbeitslosigkeit in Bayern (Beilage 3270).

Es spricht der Herr Wirtschaftsminister Dr. Seidel.

**Staatsminister Dr. Seidel:** Hohes Haus! Bereits im Juli vorigen Jahres, kurz vor den Wahlen zum Bundestag, hat die sozialdemokratische Fraktion eine Interpellation zur Frage der Arbeitslosigkeit eingebracht. Die Staatsregierung hat damals die Interpellation eingehend und, wie sie hoffte, auch überzeugend beantwortet. Es soll heute nicht die Frage aufgeworfen werden, ob etwa das Bekanntwerden der von der Staatsregierung in den letzten Wochen eingeleiteten besonderen Maßnahmen zur verstärkten Bekämpfung der bayerischen Arbeitslosigkeit Anlaß zur vorliegenden Interpellation war. Die Staatsregierung unterstellt,

daß die Interpellation in erster Linie aus der Sorge um die Lösung des Arbeitslosienproblems stammt. Allerdings darf die Bemerkung nicht unterlassen werden, daß diese Sorge von allen demokratischen Parteien, von der Bundesregierung und der bayerischen Staatsregierung in gleicher Weise geteilt wird.

(Zietsch: Das hoffen wir und das freut uns.)

Es wäre daher gefährlich, die Arbeitslosigkeit zu einer politischen Kampagne zu benützen.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Schon bei der Beantwortung der Juli-Interpellation hat die Staatsregierung dargelegt, daß die deutsche Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit nicht die Folge einer falschen Wirtschaftspolitik ist, sondern sich aus den mannigfachen, bei der deutschen Gesamtsituation unvermeidbaren **A u f b a u s c h w e r i g k e i t e n** erklärt. Sie hat damals, wie uns scheint, zu Recht erklärt, daß es keiner Regierung der Welt, sei sie sozialistisch oder bürgerlich, möglich sei, nach einem total verlorenen Krieg die zusammengebrochene Wirtschaft des Landes ohne Reibungen und ohne Anpassungsschwierigkeiten wieder aufzubauen.

Trotzdem stellen heute die Herren Interpellanten die Frage, ob sich die Staatsregierung darüber im klaren sei, daß die liberalistische Wirtschaft der Bundesregierung, die aus der Wirtschaftskatastrophe von 1929 bis 1932 nichts gelernt habe und aus doktrinäarer Einstellung heraus die Dinge treiben lasse, zusammengebrochen ist, und ob die bayerische Staatsregierung bereit sei, beim Bund energische Schritte gegen die selbstmörderische Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unternehmen.

Von einem Zusammenbruch der Wirtschaftspolitik des Bundes kann beim besten Willen keine Rede sein. Die Zahlen sprechen eine zu deutliche Sprache. Ich möchte nur einige herausgreifen:

Das **K o n s u m e n t e n e i n k o m m e n** im Bundesgebiet hat sich im Jahre 1949 um etwa 4 Milliarden DM erhöht. Das **S o z i a l p r o d u k t** wird auf 54 Milliarden DM geschätzt. Der **P r o d u k t i o n s i n d e x** hat sich seit Juni 1948 von damals 56 Prozent des Vorkriegsstandes in Bayern auf 100 Prozent, also fast um das Doppelte, erhöht.

(Hört! bei der CSU.)

Der **L e i s t u n g s i n d e x** als Ausdruck des Leistungswillens einer Bevölkerung ist im gleichen Zeitraum von 57 Prozent auf rund 80 Prozent angestiegen. Die **E i n f u h r** ist dank einer wesentlichen Vermehrung der Aus-

(Staatsminister Dr. Seidel)

fuhren und dank der amerikanischen Dollarhilfe auf über 2 Milliarden Dollar gewachsen.

Es kann keine schlechte Wirtschaftspolitik sein, die in der Lage ist, in der Wirtschaft derart leistungssteigernde Kräfte zu wecken.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Darum sieht sich auch die bayerische Staatsregierung außerstande, beim Bund energische Schritte gegen die angeblich selbstmörderische Wirtschaftspolitik zu unternehmen. Sie glaubt vielmehr, daß es ein selbstmörderisches Unternehmen wäre, der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik in den Arm zu fallen.

(Sehr gut! bei der CSU. — Dr. Hoegner: Also immer mehr Arbeitslose, nur so weiter!)

— wir kommen nachher darauf —, weil die Staatsregierung die Grundlinie dieser Wirtschaftspolitik anerkennt.

Was die bayerische Staatsregierung zur Wirtschaftspolitik des Bundes zu sagen hat, und zwar kritisch zu sagen hat, ist folgendes: Die für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen fühlen auf ihren Schultern eine Last, die mehr als drückt. Die Last wird nur bei richtiger Verteilung getragen werden können. Richtige Verteilung aber bedeutet nichts anderes, als echte Planung und Koordination.

(Zurufe von der SPD: Hoi! Hört!)

Die staatliche Kommandowirtschaft der vergangenen Jahre hat bei uns einen eingewurzeltten Abscheu vor der Planung hinterlassen. Das ist gut so.

(Stoß: Au! — Bezold Otto: Sehr gut!)

Die Entrüstung darf aber die Erkenntnis nicht verdrängen, daß nach der Natur der Sache jeder wirtschaftspolitischen Aktivität des Staates ein gewisser Plan zugrunde liegen muß.

(Zuruf von der SPD: Also doch!)

— Ja, wenn Sie mich ruhig anhören und Ihre Zwischenrufe unterlassen, können Sie auch hören, was dann hinterher folgt. Gedanken müssen ja schließlich entwickelt werden.

(Zietsch: Zwischenrufe sind die Würze, Herr Minister!)

— Ich habe nichts dagegen; Sie können Zwischenrufe machen; es soll mir sogar recht sein. — Wer aus beruflichem Zwang im vergangenen Jahre den Ablauf des Geschehens in Frankfurt und Bonn beobachten konnte, mußte manchmal die Erfahrung machen, daß zwar in den verschiedenen Verwaltungen Pläne und Planziffern erarbeitet wurden, daß dies aber oft ohne einheitliche wirtschaftspolitische Zielsetzung geschah. Dieser Zustand muß beseitigt werden.

(Dr. Hille: Sehr richtig!)

Die Zusammensetzung der Bundesregierung verringert die Gefahr eines systemfremden Eingreifens des Staates. Das ist ein großer Vorteil, von dem man so rasch wie möglich Gebrauch machen sollte. Unserer Wirtschaftspolitik sind Ziele gesetzt, die ein aktives und positives Eingreifen des Staates erfordern: Die europäische Integration mit den Problemen der Liberalisierung und Währungsconvertierbarkeit, die Ausweitung des Außenhandels mit dem Problem der Konkurrenzlage, die Steigerung des Sozialprodukts, der Produktivität und der Investitionstätigkeit, die Milderung

der Arbeitslosigkeit und der Wohnraumnot mit dem im Vordergrund stehenden Kredit- und Steuerproblem, die Besserung des Verhältnisses von Löhnen und Preisen — dies alles sind Ziele, die eine Konzeption und ein Programm erfordern.

Mit anderen Worten: Der Weg, den Regierung und Wirtschaft gehen sollen, muß markiert werden, die möglichen Gleichgewichtsstörungen und sozialen Härten müssen bedacht und voraussehend mit ausgleichenden Maßnahmen versorgt werden. Wie gesagt die Grundeinstellung der Bundesregierung bietet die Gewähr dafür, daß es nicht mit Dekretierung, sondern mit organischer Beeinflussung des Prozesses geschehen kann. Aber die Markierung muß unter allen Umständen vollzogen, und zwar so vollzogen werden, daß Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftspraktiker wissen, wie sie sich einzurichten haben.

Der Herr Ministerpräsident und ich haben bei unserem letzten Besuch in Bonn diese Gedankengänge entwickelt und konnten die Erfahrung machen, daß sie von den verantwortlichen Bundesministern als richtig anerkannt wurden. Es wurde uns versichert, daß der wirtschaftspolitische Ausschuß des Kabinetts sich mehr und mehr aufeinander einspiele und eine einheitliche wirtschaftspolitische Zielsetzung erarbeite. Der Herr Ministerpräsident und ich konnten mit Befriedigung feststellen, daß die Milderung der Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt der Arbeit des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Bundeskabinetts steht. Dazu besteht in der Tat alle Veranlassung. Die Arbeitslosigkeit ist in Bayern seit der Währungsreform von 146 000 auf gegenwärtig 482 000 angestiegen, im Bund von 447 000 auf rund 1,5 Millionen. Von vielen Seiten wurde für die Zeit nach der Währungsreform — worauf ich doch hinweisen möchte — eine sehr viel höhere Arbeitslosenzahl vorhergesagt. Wenn ich mich recht erinnere, wurden damals von der Sozialdemokratie Ziffern von 4 bis 6 Millionen genannt.

(Zuruf von der SPD: Abwarten! — Hört, hört! bei der CSU.)

In Bayern ist die Entwicklung besonders ernst zu nehmen, denn Bayern stellt heute von den über 1,5 Millionen Erwerbslosen im Bund fast rund ein Drittel, nämlich 482 000.

(Zuruf von der SPD: Ein Sechstel wäre normal.)

Was nun die Ursache der deutschen Arbeitslosigkeit anlangt, so will ich die Ausführungen der Staatsregierung vom Juli vorigen Jahres nicht wiederholen. Ich muß aber in Kürze nochmals feststellen, daß die bayerische Arbeitslosigkeit nur zu einem geringen Teil auf saison- oder konjunkturbedingte Faktoren zurückzuführen ist. Zum größten Teil hat sie strukturelle Ursachen. Das Arbeitsministerium beziffert die strukturelle Arbeitslosigkeit auf rund 300 000 Menschen, eine Ziffer, die uns beweist, daß wir praktisch, ähnlich wie andere europäische Länder, keine wesentliche Arbeitslosigkeit hätten, wenn man Westdeutschland nicht die ganze Flüchtlingslast auferlegt hätte.

(Hört, hört!)

Als erschwerendes Moment kommt hinzu, daß der Flüchtlingsstrom noch immer nicht abgerissen ist und dadurch die Wirkung der Mehrbeschäftigung in der gewerblichen Wirtschaft wieder aufhebt. Ich darf Sie daran erinnern, daß seit der Währungsreform —

(Staatsminister Dr. Seidel)

seit der Währungsreform! — ungefähr 110 000 arbeitssuchende Flüchtlinge nach Bayern eingeströmt sind. Bei unseren Überlegungen darf auch die Tatsache nicht vergessen werden, daß noch etwa 300 000 in den Oststaaten lebende Deutsche auf die Umsiedlung nach Deutschland warten.

Schließlich ist zu beachten, daß viele vor der Währungsreform in der Landwirtschaft und im Sektor der öffentlichen und privaten Dienstleistungen untergebracht und dort in Wirklichkeit nur mitgeschleppten Arbeitskräfte nach der Währungsreform freigesetzt wurden und zusätzlich dem gewerblichen Sektor zufließen.

Die Verteilung der Arbeitslosigkeit im Bund ergibt heute folgendes Bild: Die mit verhältnismäßig wenig Flüchtlingen belasteten Länder, die gleichzeitig auch die industriell stärkeren und damit die finanzkräftigeren Länder sind, weisen die geringsten Prozentsätze an Erwerbslosen auf, während die Länder an der Ostgrenze der Bundesrepublik, namentlich Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern, die die stärkste Flüchtlingsbelegung haben und gleichzeitig die finanzschwächsten Länder sind, auch den größten Anteil an der Erwerbslosigkeit besitzen.

Für Bayern ist darauf hinzuweisen, daß auch innerhalb unseres Landes die Verteilung der Arbeitslosigkeit eine ähnliche ist. Sie ist massiert in den ländlichen östlichen Grenzgebieten Bayerns, die zugleich am stärksten mit Flüchtlingen belegt sind. Diese ländlichen Gegenden sind es aber gerade, die sich aus eigener Kraft nicht zu helfen vermögen. Daraus ergibt sich auch, daß der Anteil der Flüchtlinge an der Erwerbslosigkeit in Bayern unverhältnismäßig groß ist; er beträgt rund 40 Prozent.

Es bedarf keiner langen Begründung für die Behauptung, daß eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht von Bayern allein aus vorgenommen werden kann, da die regionale Fehlverteilung der Arbeitskräfte nur durch einen geeigneten Ausgleich innerhalb des Bundesgebietes beseitigt werden kann.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Diese Erkenntnis zwingt zu der Forderung, daß alle finanzwirtschaftlichen Möglichkeiten zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit und zur Steigerung der Produktivkraft verstärkt für die von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffenen Länder eingesetzt werden müssen. Dabei muß seitens der Flüchtling sl ä n d e r künftig darauf gedrungen werden, daß eine Mittelverteilung nicht nach den bisher gebräuchlichen Schlüsseln erfolgt, sondern nach dem Ausmaß der Belastung mit Flüchtlingen und Arbeitslosen.

Bevor ich Ihnen nun die Maßnahmen im einzelnen darstelle, die die Staatsregierung zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit durchgeführt oder für die Zukunft geplant hat, möchte ich eine grundsätzliche Bemerkung vorausschicken. Notstandsmaßnahmen sollten bei unseren wirtschaftspolitischen Vorstellungen nur als letzte Mittel zur Beseitigung einer Arbeitslosigkeit angewendet werden. Es sind zwar Verhältnisse denkbar, in denen sich reine Notstandsarbeiten nicht vermeiden lassen und zur Verhinderung einer größeren Katastrophe durchgeführt werden müssen. Bei Verhältnissen aber, die sich der Steuerung durch den Staat noch nicht entziehen, dürfen nur Methoden angewandt wer-

den, die zum Ziele haben, die Wirtschaft in Gang zu halten, die Produktionsmöglichkeiten zu erweitern und damit die Freisetzung von Arbeitskräften zu verhindern. Es hätte z. B. in Zeiten einer Erwerbslosigkeit wie der gegenwärtigen keinen Sinn, die gesamten verfügbaren Finanzierungsmittel für Zwecke einer großen Notstandsarbeit, etwa des Ausbaus des Main-Donau-Kanals einzusetzen und damit vielleicht einigen zehntausend Erwerbslosen Arbeit zu geben; denn durch den Entzug dieser Mittel für Zwecke der übrigen Wirtschaft würden sehr bald Störungen in der Gesamtwirtschaft auftreten, die ein Vielfaches der bei den Notstandsarbeiten untergebrachten Arbeitskräfte auf die Dauer freisetzen würden. Es können also echte Notstandsarbeiten nur das letzte Mittel sein, wenn sich andere Möglichkeiten zur Steuerung unserer Arbeitslosigkeit nicht aufzeigen. Das Bestreben der Staatsregierung geht aus dieser Erkenntnis dahin, alle verfügbaren Mittel in organischer Weise für die Ausweitung der Arbeitsmöglichkeiten in der produzierenden Wirtschaft einzusetzen und so zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Jedenfalls müssen die staatlichen Maßnahmen zum mindesten dahin gehen, die Freisetzung weiterer Arbeitskräfte durch ganze oder teilweise Betriebsstillegungen zu vermeiden. Von diesem Gesichtspunkt hat sich die staatliche Wirtschafts- und Arbeitspolitik bisher leiten lassen. Ihr ist es zu verdanken, daß bis zum Einsetzen der Saisonarbeitslosigkeit in der gewerblichen Wirtschaft 112 000 Arbeitskräfte mehr als im Zeitpunkt der Währungsreform tätig waren. Wir werden in der Zukunft noch mehr auf diese Dinge achten. Der innerhalb des Kabinetts eingesetzte Ausschuß, dem der Präsident der Landeszentralbank angehört, hat Vorkehrungen getroffen, daß alle bevorstehenden oder möglichen Betriebsstillegungen und Einschränkungen sofort diesem Ausschuß gemeldet werden, damit er Sofortmaßnahmen überlegen und, wenn es möglich ist, durchführen kann.

Aus der nun folgenden Aufzählung werden Sie ersehen, was von Staats wegen zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten durchgeführt oder geplant worden ist. Nicht sichtbar und nicht im einzelnen darstellbar sind aber die Erfolge der staatlichen Bemühungen, durch Beratung, Vermittlung und sonstige Hilfsstellung der gewerblichen Wirtschaft bei der Beschaffung ihrer Investitions- und Betriebsmittel zur Seite zu stehen. Auf diesem Gebiete war gerade mein Ministerium unablässig bemüht, und wir können feststellen, daß dadurch nicht nur manche Zusammenbrüche und Stilllegungen vermieden, sondern auch eine große Zahl neuer Betriebe errichtet werden konnten. Hierauf möchte ich hier, damit das Bild nicht lückenhaft ist, besonders hinweisen.

Ich darf Ihnen nun im einzelnen kurze Ausführungen über die Maßnahmen machen, die staatlicherseits zur Beschaffung von Arbeit ergriffen wurden, und Ihnen auch sagen, was künftig geplant und beabsichtigt ist. Dabei werde ich auch die Schwierigkeiten aufzeigen, die sich ihrer Durchführung entgegenstellen. Sie werden aus meinem Bericht ersehen, daß die bayerische Staatsregierung auf keinem Gebiet untätig war und daß sie getan hat, was überhaupt nach Lage der Dinge zu tun möglich war.

Dem Wohnungsbau wurde mit dem doppelten Ziel der Milderung der Wohnungsnot und der Belebung unserer Wirtschaft schon im vergangenen Jahr größte Aufmerksamkeit zugewendet. Es darf ohne überheblich-

(Staatsminister Dr. Seidel)

keit als ein wesentlicher Erfolg bezeichnet werden, wenn es den nicht geringen Schwierigkeiten zum Trotz gelungen ist, das Wohnungsbauprogramm von 30 000 Wohnungen voll zu erfüllen. Was anfangs vielen unmöglich schien, ist dank der vereinten Bemühungen aller Beteiligten und dank der rastlosen Tätigkeit des Innenministeriums Tatsache geworden. Von dem Gesamtkostenaufwand von 300 Millionen DM wurden 35 Prozent als Staatsdarlehen gegeben, und zwar 48 Millionen DM aus dem Lastenausgleich, 40 Millionen DM aus der Baunotabgabe, 12 Millionen DM aus der Soforthilfe und 3,5 Millionen DM aus dem Aufkommen des Fußballotos. Weitere 24,5 Millionen DM konnten über die Realkreditinstitute für erste Hypotheken bereitgestellt werden.

Die tatsächliche Leistung auf dem Gebiet des Wohnungsbaues ist jedoch noch höher zu veranschlagen, wenn man auch die nicht mit öffentlichen Mitteln fertiggestellten beziehungsweise kurz vor der Fertigstellung befindlichen Wohnungen berücksichtigt. Nach den Berichten der einzelnen Regierungen dürfte es sich dabei um weitere 15 000 Wohnungen handeln. Auch diese Bautätigkeit ist durch die Initiative der Staatsregierung gefördert worden, indem sie durch entsprechende Bestimmungen die Baulust erhöhte und durch steuerliche Maßnahmen, zum Beispiel Grunderwerbssteuerfreiheit und Gebührenfreiheit, den sozialen Wohnungsbau erleichterte. Durch unmittelbare oder mittelbare Förderung der Staatsregierung sind auf diese Weise im verfloffenen Jahr rund 45 000 Wohnungen erstellt worden.

Die Erfahrungen des Jahres 1949 ermutigten zur Aufstellung eines Bauprogramms für 1950 in Höhe von 40 000 mit öffentlichen Mitteln zu fördernden Wohnungen. Soweit sich heute schon übersehen läßt, darf auch die Ausbringung der Mittel in Höhe von 400 Millionen DM als gesichert gelten. Im einzelnen sollen 80 Millionen DM aus Eigenkapital, 160 Millionen DM aus der Finanzierung erststelliger Hypotheken und die restlichen 160 Millionen DM aus staatlichen Förderungsmitteln aufgebracht werden. Um dieses Programm ohne Verzögerung in Angriff nehmen zu können, ist es allerdings notwendig, daß entsprechende Mittel im Vorgriff auf das vorausschickliche Aufkommen bereitgestellt werden dürfen. Ein diesbezüglicher Antrag an das hohe Haus ist in Vorbereitung. Darüber hinaus kann auf Grund der bereits bestehenden und noch zu erwartenden Steuererleichterungen wieder mit einem Bauprogramm von rund 10 000 Wohnungen ohne staatliche Förderung gerechnet werden. Da die Voraussetzungen für die Durchführung dieses Bauprogramms, das insgesamt 50 000 neue Wohnungen umfaßt, gegeben erscheinen, dürfte im laufenden Jahr mit einer Vollbeschäftigung des Baugewerbes auf dem Gebiet des Hochbaues zu rechnen sein.

Nur ein Umstand könnte den rechtzeitigen Beginn der Bautätigkeit verzögern. Es besteht nämlich die Gefahr, daß das vom Bundesminister für den Wohnungsbau vorbereitete Wohnungsbauförderungsgezet nicht nur in die den Ländern vorbehaltenen Zuständigkeiten eingreift, sondern auch, daß auf dem Wege seiner parlamentarischen Beratung wertvolle Zeit ungenutzt verstreicht. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe würde da-

mit über die saisonbedingte Ruhepause hinaus anhalten. Auch die Bestimmungen, die im Hauptamt für Soforthilfe über die Verwendung der Lastenausgleichs- und Soforthilfe vorbereitet werden, könnten ein Hemmschuh für das Bauprogramm der bayerischen Staatsregierung werden. Sie hat deshalb wiederholt auf die ungünstigen Auswirkungen derartiger Bundesmaßnahmen hingewiesen. Wenn es indessen gelingt, wenigstens über die Höhe der dem bayerischen Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel des Bundes rechtzeitig Aufschluß zu erhalten, kann ungerechnet dieser Schwierigkeiten mit dem Wohnungsbau begonnen werden. Außerstenfalls müßte das bayerische Wohnungsbauprogramm schon vor Erlaß des erwähnten Bundesgesetzes in Angriff genommen werden.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, daß auf dem Gebiet des Wohnungsbaues alles vorbereitet ist, um die größtmögliche Zahl an Arbeitskräften in diesem Jahre zum Einsatz zu bringen. Es kommt uns dabei in erster Linie darauf an, daß die Arbeiten in einem möglichst frühen Zeitpunkt in Angriff genommen werden können. Sie werden es verstehen, wenn ich in diesem Zusammenhang auf eine Tatsache hinweise, die, wie mir scheint, weitgehend nicht bekannt ist. Es ist den staatlichen Bemühungen auf dem Gebiet der Bauwirtschaft schon im vergangenen Jahr gelungen, das Bauvolumen auf den Vorkriegsstand zu heben, eine Tatsache, die angesichts der zu leistenden ungeheuren Wiederaufbauarbeit viel zu wenig sichtbar werden konnte. Eine weitere Tatsache ist bemerkenswert: die Tatsache, daß der Wohnungsbau in Bayern im Gegensatz zu anderen Ländern in den vergangenen Monaten die industrielle Bautätigkeit bereits überflügelt hat.

Über das mit staatlichen Mitteln zu fördernde Wohnungsbauprogramm hinaus wurde ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm auf dem Gebiete des staatlichen Hochbaues, des Siedlungsbaues, des Straßenbaues, des Wasserbaues, des landwirtschaftlichen Kulturbaues und vor allem des Energieausbaues vorbereitet. Die Maßnahmen sind soweit gediehen, daß jederzeit mit ihrer Durchführung begonnen werden kann. Um nur in kurzen Zügen eine Vorstellung von dem Ausmaß der geplanten Bauvorhaben zu geben, darf ich folgende Angaben machen: Beim staatlichen Hochbau sind Bauvorhaben mit einer Bauumme von 60 Millionen DM und einem Einsatz von 1,2 Millionen Tagelöhnen vorbereitet. Beim Straßenbau handelt es sich um Maßnahmen mit einer Gesamtsumme von rund 100 Millionen DM und einem Einsatz von 4,2 Millionen Tagelöhnen, wobei ich Sie darauf hinweise, daß es sich hier um Baumaßnahmen im bayerischen Straßennetz, ohne die Bundesstraßen und Autobahnen, handelt.

Beim öffentlichen Wasserbau können Vorhaben mit 17 Millionen DM und 600 000 Tagelöhnen durchgeführt werden, beim landwirtschaftlichen Kulturbau solche mit einer Bauumme von 65 Millionen DM und 2,6 Millionen Tagelöhnen. Die Durchführung dieser geplanten Maßnahmen hängt natürlich davon ab, wann und in welchem Umfang die notwendigen Mittel bereitgestellt werden können. Es ist mit anderen Worten die Frage nach der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Haushalts im Jahre 1950 gestellt. Diese Frage kann heute noch nicht endgültig entschieden werden. Ich darf mir die etwas ironische Be-

(Staatsminister Dr. Seidel)

merkung erlauben, daß der Landtag bisher noch nicht einmal den Etat für das Jahr 1949 verabschiedet hat.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Ich kann aber dem hohen Hause die Versicherung abgeben, daß die Staatsregierung keine Anstrengung scheuen wird, im höchstmöglichen Umfang die Mittel bereitzustellen, sei es im ordentlichen, sei es im außerordentlichen Etat, und dafür zu sorgen, daß die in Aussicht genommenen Mittel so rasch als möglich zu fließen beginnen. Diese Feststellung gilt insbesondere für alle Maßnahmen, bei denen der Staat Träger ist, also für den Verwaltungshochbau sowie den staatlichen Straßen- und Wasserbau. Dort, wo ein Anderer Träger ist und der Staat nur Zuschüsse leistet, wie zum Beispiel im Kulturbau und bei der Wasserversorgung sowie bei den Wiederaufbauvorhaben der Gemeinden, wird anzustreben sein, das Bauvolumen durch finanzielle Maßnahmen zu erhöhen, die Sie meinetwegen als kredit-schöpfende Maßnahmen bezeichnen wollen. Da der Spielraum für Zuschüsse des Staates aus seinem Haushalt für diese Maßnahmen nur beschränkt ist, wird man sich bemühen müssen, einen möglichst großen Teil der Ausgaben zunächst auf dem Kreditweg zu finanzieren und die staatliche Zuschußleistung auf eine längere Reihe von Jahren als Zins- und Tilgungsverbilligung zu verteilen. Diese kreditmäßige Vorfinanzierung wird allerdings unter den gegenwärtigen Kapitalmarktverhältnissen ohne Hilfsstellung des Staates und der Landeszentralbank nicht möglich sein. Der Staat könnte sie durch Ankauf von Landesbodenbriefen und Kommunalobligationen leisten, wenn ihm durch die Landeszentralbank eine entsprechende Refinanzierung im Lombardweg eingeräumt wird.

Beim Energieausbau sind dem hohen Hause die beabsichtigten und vorbereiteten Baumaßnahmen weitgehend bekannt. Die Kosten der gesamten bayerischen Energieprojekte belaufen sich auf insgesamt rund 290 Millionen DM. Von diesem Betrag sind 139 Millionen DM durch Finanzierung aus ERP- und GARIOA-Gegenwerten gesichert und zum Teil auch bereits verbaut. Weitere 60 Millionen DM bedürfen noch der Genehmigung durch die ECA-Verwaltung. Mit der Genehmigung ist zu rechnen. Der Rest von 89 Millionen DM muß zur Hälfte von den Elektrizitätswerken, zur Hälfte aus anderen deutschen Geldquellen aufgebracht werden.

Auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen und Flüchtlings-siedlungen sind im abgelaufenen Jahr so viele Vorhaben gefördert worden, als Mittel dafür beschafft werden konnten. Diese waren verhältnismäßig gering. Es konnten eingesetzt werden aus Mitteln der Bayerischen Landesfiedlung 2 Millionen DM für die in eigener Regie aufgebauten Siedlerstellen, weitere 4 Millionen DM für die durch Kredite an die Siedler geförderten Stellen. Über die Landesfiedlergenossenschaften wurden 150 Siedlerstellen mit einem Aufwand von 2,47 Millionen DM errichtet. Die für das Jahr 1950 geplanten Maßnahmen umfassen 355 Vollbauern-, Gärtner- und Handwerksstellen usw. mit einem Kostenaufwand von 12 Millionen DM, der als gesichert bezeichnet wird. Zur Durchführung des Flüchtlingsfiedlungsgesetzes, das erst vor wenigen Monaten in Kraft getreten ist, sind bis jetzt an Bundes-

mitteln 2,2 Millionen DM, an Mitteln des bayerischen Staates 2 Millionen DM bewilligt worden.

Auf dem Gebiete der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge wurden bisher insgesamt 983 anerkannte Notstandsmaßnahmen durchgeführt. Dabei wurden 14,7 Millionen DM als Grundförderung, d. h. in Form von verlorenen Zuschüssen aus Unterstützungsmitteln, und 17 Millionen DM als verstärkte Förderung, das heißt über Darlehen aus Staatsmitteln, zusammen also 31,7 Millionen DM bereitgestellt. Rund zwei Drittel dieser Mittel, nämlich 19 Millionen DM, sind dem sozialen Wohnungsbau zugeflossen. Für sonstige Maßnahmen wie den Straßen- und Brückenbau, Meliorationen, Flußregulierungen, Erweiterung und Verbesserung von Strom- und Wasserversorgungsanlagen wurden 12,7 Millionen DM aufgewendet. Insgesamt wurden bis zu 14 000 Notstandsarbeiter mit Hilfe dieser Mittel beschäftigt. Es ist in Aussicht genommen, diese Maßnahmen im laufenden Jahr wesentlich zu erweitern. Dabei sind als Grundförderung 40 Millionen DM, aus Staatsmitteln, zur verstärkten Förderung von Notstandsarbeiten, 30 Millionen DM vorgesehen, die auch nach dem 1. April 1950 dem Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge zur Verfügung stehen werden. Die Restfinanzierung von rund zwei Dritteln des aufzuwendenden Betrags wird aus allgemeinen Staatsmitteln, aus Mitteln der Gemeinden, Landkreise usw. erfolgen müssen. Damit wird die Durchführung eines Programms von arbeitsintensiven Notstandsmaßnahmen ermöglicht werden, das hauptsächlich in den bayerischen Notstandsgebieten 30 bis 40 000 Arbeitslose gegenüber 14 000 im Vorjahr beschäftigen wird.

Damit darf ich meinen Überblick über die von der Staatsregierung durchgeführten, geförderten und geplanten Maßnahmen abschließen. Eine Aufstellung des Finanzministeriums ergibt folgende Zahlen, die für Sie interessant sein dürften:

1. Im Rechnungsjahr 1948 wurden insgesamt für Neuinvestitionen aus Haushaltsmitteln 48,1 Millionen DM aufgebracht.
2. Im Rechnungsjahr 1949 wurden bis zum 30. September 1949 für arbeitsintensive Investitionen insgesamt 111,6 Millionen DM verausgabt.
3. Im Ergänzungshaushalt sind darüber hinaus insgesamt 75 520 000 DM für den gleichen Zweck vorgesehen.

Die Aufgliederung dieser Beträge ist sehr aufschlußreich. Sie umfaßt alle Gebiete der öffentlichen Wirtschaft. Wenn Sie es wünschen, bin ich nachher bereit, die ziffernmäßige Aufteilung im einzelnen bekanntzugeben.

Außerdem wurden zur Vermeidung von Arbeiterentlassungen im Bereich der Bundesbahn, besonders des Werkstättenpersonals der Bundesbahn selbst und auch bei der Privatindustrie, Bundesbahnschahnanweisungen in Höhe von 20 Millionen DM durch den bayerischen Staat übernommen. Der Betrag von 20 Millionen DM wird ausschließlich zur Weiterbeschäftigung dieses Personals in Bayern durch die Bundesbahn verwendet.

Der bayerische Staat hat seit der Währungsreform in erheblichem Umfang Staatsbürgschaften für Kredite zum Wiederaufbau der bayerischen Wirt-

(Staatsminister Dr. Seidel)

schaft zur Verfügung gestellt. Abgesehen von den Bürgschaften für Kredite an die Energiewirtschaft im Betrage von 141,5 Millionen DM wurden, wie Sie wissen, bisher Staatsbürgschaften übernommen für Produktivkredite an Flüchtlingsbetriebe mit 60 Millionen DM, an Betriebe, die durch Demontage oder Restitution geschädigt worden sind, 20 Millionen DM, an nach Bayern verlagerte oder sonstige im Aufbau oder Wiederaufbau befindliche Betriebe 3 bis 4 Millionen DM. In vielen Fällen, insbesondere bei den Flüchtlingsbetrieben, hat der bayerische Staat außerdem den kreditausreichenden Instituten eine Refinanzierung durch Hingabe von Festgeldern gewährt, die in der Regel 50 Prozent der zugesagten Kredite beträgt. Insgesamt handelt es sich um einen Betrag von 32 Millionen DM.

Die Bemühungen der Staatsregierung, B u n d e s b a h n a u f t r ä g e nach Bayern hereinzubringen, werden fortgesetzt. Es ist beabsichtigt, zu den bisher übernommenen Bundesbahnschakanweisungen in Höhe von 20 Millionen DM zunächst für weitere 10 Millionen Bundesbahnschakanweisungen zu übernehmen, wofür die Bundesbahn verpflichtet ist, entsprechende Aufträge an die bayerische Lokomotivindustrie und andere Lieferanten der Bundesbahn zu vergeben. Auch für diesen zusätzlichen Betrag an Bundesbahnschakanweisungen ist die Lombardzusage der Landeszentralbank, die eine Voraussetzung für die Übernahme dieser Wertpapiere durch den Staat ist, notwendig; sie steht noch aus. Erfolgt die Lombardzusage, so können diese Mittel schon in den nächsten Tagen bereitgestellt werden. Im übrigen verweise ich in dieser Hinsicht auf die Antwort, die ich vorgefarn dem Herrn Abgeordneten Drechsel auf seine Anfrage gegeben habe.

Die Fortsetzung der Aktion der s t a a t s v e r b ü r g t e n P r o d u k t i v k r e d i t e im Rechnungsjahr 1950 ist im Werten Gesetz über die Sicherheitsleistungen des Bayerischen Staates vorgesehen, das heute früh von Ihnen beschlossen wurde. Der Inhalt des Gesetzes ist Ihnen bekannt; ich habe es deshalb nicht nötig, Ihnen die Ziffern im einzelnen anzugeben.

Hohes Haus! Bisher habe ich die Maßnahmen aufgezählt, die unter Einsatz staatlicher Mittel gefördert und durch die Staatsverwaltung vorbereitet wurden. Anders liegen die Verhältnisse naturgemäß auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft. Hier handelt es sich nicht um die Durchführung von Maßnahmen durch die Staatsregierung, auch nicht um den unmittelbaren Einsatz von Haushaltsmitteln, sondern um Maßnahmen der staatlichen Verwaltung zur Ausweitung der Kapazität der gewerblichen Wirtschaft durch Neuansetzung und Ausweitung von gewerblichen Betrieben und andere Hilfsmaßnahmen auf finanziellen Gebiete. Daß die Staatsregierung auf diesem Gebiet auch im vergangenen Jahr nicht untätig war, sollen Ihnen einige Ziffern zeigen, die wir Ihnen mit einiger Befriedigung über das Erreichte geben können.

Nach groben Schätzungen ist anzunehmen, daß von 1945 bis zum Herbst 1949 5000 bis 5500 Industriebetriebe in Bayern neu angesiedelt beziehungsweise gegründet wurden. Der Anteil der Flüchtlingsbetriebe ist beträchtlich. Nach den Erhebungen des Staats-

sekretariats für das Flüchtlingswesen bestanden am 11. August 1949 insgesamt 1095 Flüchtlingsbetriebe und weiterhin 246 flüchtlingsverwandte Betriebe. Die Zahl der Handwerksbetriebe hat in Bayern gegenüber 1939 um 18,3 Prozent und die Zahl der im Handwerk Beschäftigten um 22 Prozent zugenommen. Bei der Neuansetzung von gewerblichen Betrieben hat die Landesplanungsstelle des Wirtschaftsministeriums eine Leistung vollbracht, die außerhalb Bayerns mit einem gewissen Neid betrachtet wird und die sehr energische Gegenreaktionen ausgelöst hat, namentlich in unserem Nachbarland Württemberg-Baden. 23 000 Arbeitskräfte haben in 1090 auf Wehrmachtsgelände und in Munas angesiedelten Betrieben Arbeit und zumeist auch Wohnung gefunden.

Ich muß auch an dieser Stelle darauf hinweisen, daß in diesen Zahlen ein Maß von staatlicher Vorbereitung und Arbeit und ein Erfolg steckt, die sich der Würdigung durch die Allgemeinheit zum großen Teil entziehen. Während die Gesamtzahl der in Bayern Beschäftigten seit der Geldreform um 151 000 abgenommen hat, wuchs die Beschäftigtenzahl in der Industrie seit Juli 1948 um mindestens 100 000, also um rund 22 Prozent. Darin, meine Damen und Herren, kommt die beachtliche strukturelle Umschichtung, die sich in der bayerischen Wirtschaft nach der Seite der Industrialisierung hin vollzieht, zum Ausdruck. Ich werde dazu in meiner Etabrede eingehende Ausführungen machen.

Dieser I n d u s t r i a l i s i e r u n g s p r o z e ß muß auch in den kommenden Jahren mit Nachdruck fortgesetzt werden, wenn wir unsere arbeitssuchende Bevölkerung in Arbeit und Brot bringen wollen. Industrialisierung bedeutet aber in einer modernen Volkswirtschaft den Einsatz beträchtlicher Kapitalien. Es kommt also in erster Linie darauf an, diese notwendigen Kapitalien aufzubringen und an der richtigen Stelle einzusetzen.

Die Staatsregierung hat sich seit Herbst 1948 laufend um die Bereitstellung von Investitionskrediten für die gewerbliche Wirtschaft Bayerns bemüht. Wenn auch die Kapitalbildung und Kreditverteilung weitgehend der freien Entscheidung des Bankenapparates vorbehalten ist, so konnte doch in langwierigen Verhandlungen wenigstens auf einige Teilgebiete des Kapitalmarkts, nämlich auf die Verwendung von ERP- und GARIOA-Gegenwerten und auf die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Industrielkreditbank ausgegebenen freien Mittel Einfluß genommen werden. Eine weitere Möglichkeit wurde, wie ich bereits erwähnte, durch Erteilung von Staatsbürgschaften und Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln für Kredite an die gewerbliche Wirtschaft, insbesondere an Flüchtlingsbetriebe, erschlossen.

Was die Bereitstellung von ERP-Gegenwerten anlangt, so hat das Staatsministerium für Wirtschaft Anträge mit einem Gesamtkreditbetrag von 410 Millionen DM der Verwaltung für Wirtschaft zur Empfehlung an die ECA-Kommission und an die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgelegt. Rechnet man von dieser Summe einen erst später aktuell werdenden Kreditbedarf ab, so verbleibt ein Sofortbedarf der gewerblichen Wirtschaft ohne Energiewirtschaft, Ernährungswirtschaft und eisen-schaffende Industrie in Höhe von rund 290 Millionen DM, wovon auf die Industrie

(Staatsminister Dr. Seidel)

267 Millionen DM, den Handel 10,7 Millionen DM, das Handwerk 900 000 DM, den Fremdenverkehr 11,2 Millionen DM entfallen. Von diesen rund 290 Millionen DM hat die Verwaltung für Wirtschaft bisher rund 236 Millionen DM als vordringlichen Kreditbedarf anerkannt und in die sogenannte Kapitalmarkt-Empfehlungsliste aufgenommen. Schon im Sommer des vorigen Jahres wurden vordringliche bayerische Vorhaben mit einem Kreditbedarf von 18 Millionen im Rahmen eines bizonalen Sofortprogramms zur Kreditgewährung freigegeben. Sie dürften inzwischen der Wirtschaft zugestossen sein. Bayern war dank der Vordringlichkeit seiner Vorhaben an diesem Sofortprogramm mit einem Drittel, also mit einer unverhältnismäßig hohen Quote, beteiligt.

Von weit größerer Bedeutung für die Ausstattung unserer Wirtschaft mit Investitionskrediten ist die inzwischen erfolgte Freigabe von ERP-Gegenwerten in Höhe von zunächst 600 Millionen DM, die, wie Sie wissen, im Rahmen einer grundsätzlich zugesagten Gesamtfreigabe von 1036 Millionen DM steht. Nach überschlägigen Berechnungen wird die gewerbliche Wirtschaft Bayerns, soweit sie durch das Wirtschaftsministerium betreut wird, an dieser Summe mit 53 Millionen, also mit einem Anteil von 16 Prozent, beteiligt sein. Da der Anteil der bayerischen Industrie an der industriellen Beschäftigung des Bundesgebietes nur bei 13 Prozent liegt, ist den besonderen Verhältnissen Bayerns auf diesem Gebiet Rechnung getragen.

Mit der Freigabe der Mittel ist es allerdings nicht getan, da die Banken die Gewährung der Kredite von der Stellung ausreichender Sicherheiten abhängig machen. Es besteht also die Gefahr, daß volkswirtschaftlich dringliche Vorhaben mangels ausreichender dinglicher Sicherungen unberücksichtigt bleiben. In vielen Fällen können die daraus entstehenden Schwierigkeiten durch unmittelbare Fühlungnahme der Staatsregierung mit den kreditgewährenden Banken behoben werden. Wir haben das im letzten Jahr in zahlreichen Fällen getan. Wo dies nicht möglich ist, erscheint es notwendig, daß für die zu gewährenden Wiederaufbaukredite eine Staatsbürgschaft gestellt wird. Die Staatsregierung hat sich wegen dieser möglichen Schwierigkeiten mit verschiedenen Vorschlägen an das Bundeswirtschaftsministerium gewandt, um das Einfließen der aus ERP-Gegenwerten freigegebenen Investitionsmittel in die bayerische Wirtschaft zu beschleunigen. Sie hat nachdrücklich gebeten, alle verfügbaren Mittel beschleunigt dort einzusetzen, wo durch die Arbeitslosigkeit schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Folgen zu erwarten sind, also vor allen Dingen in Bayern. Insbesondere soll:

1. ein möglichst großer Teil der freigegebenen 600 Millionen DM vorweg für Investitionsprojekte in Bayern und in den übrigen Ländern mit starker Flüchtlingsbelegung eingesetzt werden,

2. sollen bayerische Projekte, deren Abwicklung sich aus irgendwelchen Gründen verzögert, durch andere bayerische Vorhaben ersetzt werden, weil sonst die Gefahr besteht, daß der zugewilligte Betrag davon schwimmt,

3. sollen sonstige Mittel, die infolge Ausfalls von Projekten des übrigen Bundesgebietes frei werden, für

Vorhaben in den drei Hauptflüchtlingsländern eingesetzt werden,

4. sollen Projekte, die zwar noch nicht in der ECA-Genehmigungsliste, jedoch in der Kapitalmarkt-Empfehlungsliste enthalten sind und Investitionen in den Brennpunkten der Arbeitslosigkeit vorsehen, bevorzugt aus Anleiheerlösen der Kreditanstalt mit Darlehen versehen werden.

Weiterhin wurde von der Staatsregierung vorgeschlagen, im Vorgriff auf die in Aussicht stehenden 436 Millionen DM ERP-Gelder Mittel der Bank deutscher Länder für Investitionsprojekte in den drei Hauptflüchtlingsländern bereitzustellen. Gleichzeitig wurde der vorgesehene Freigabeantrag auf 70 Millionen DM ERP-Mittel für den Ansatzen von Flüchtlingsbetrieben gestellt, um ihn unverzüglich der ECA-Mission zuzuleiten und jetzt schon mit einem Vorgriff entsprechende Mittel für die Flüchtlingsbetriebe bereitzustellen. Die Staatsregierung ist der Auffassung, daß bei Verwirklichung dieser Vorschläge zunächst ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit in Bayern verhindert und schließlich eine weitere Minderung derselben bewirkt werden kann.

Der Herr Ministerpräsident und ich werden in der nächsten Woche in Bonn diese Vorschläge, die bereits schriftlich an den Herrn Bundeswirtschaftsminister und den Herrn Bundeskanzler gegangen sind, persönlich vertreten, begründen und versuchen, die Herren von der Notwendigkeit ihrer Durchführung zu überzeugen.

Bei der Aufzählung der nunmehr endlich mit Sicherheit zu erwartenden ERP-Gegenwertmittel habe ich nur die Mittel erwähnt, die der gewerblichen Wirtschaft zufließen. Etwa weitere 60 bis 70 Millionen DM werden in die Verfügung der übrigen Zweige der Wirtschaft gelangen. Der Gesamtbetrag wird sicherlich eine belebende Wirkung ausüben. Die Mittel des öffentlichen Haushalts, die ERP-Gegenwerte, das Aufbringen des privaten Kapitalmarkts, die für Investitionen vorgesehene Haushaltsmittel des Bundes — ich darf daran erinnern, daß nach der Erklärung der Bundesminister Wildermuth und Seydewitz das Bundeswohnungsbauprogramm finanziell gesichert ist —, alle diese Mittel werden ohne Zweifel in absehbarer Zeit einen Rückgang der Arbeitslosigkeit mit sich bringen. Bundesminister Storch rechnet für die Durchführung des Bundeswohnungsbauprogramms mit einer Verminderung der Arbeitslosenziffer um 500 000. In Bayern können so viele Vorhaben sofort in Angriff genommen werden, daß wir mit Einsetzen der wärmeren Jahreszeit nicht allein die saisonbedingte Arbeitslosigkeit, sondern auch einen Teil der strukturellen Arbeitslosigkeit überwinden werden können. Unsere große Sorge wird allerdings die strukturelle Arbeitslosigkeit bleiben. Die Beseitigung ihrer Ursachen muß unser vornehmstes Ziel sein. Dazu sind Maßnahmen auf lange Sicht notwendig, Maßnahmen, deren Problematik nicht nur auf der bayerischen oder westdeutschen, sondern auch auf der europäischen Ebene liegt. Es scheint mir heute nicht die Gelegenheit zu sein, darüber eingehend zu sprechen. Aber diese Problematik beherrscht in solchem Umfang die Überlegungen der Wirtschaftspolitiker und Praktiker, daß wir mit ihrer Auflösung rechnen können.

Das Ziel dieser Antwort der bayerischen Staatsregierung auf die Interpellation der Sozialdemokratischen Fraktion war lediglich der Versuch, dem hohen

(Staatsminister Dr. Seidel)

Haus darzulegen, daß die Staatsregierung mit allen Kräften bemüht war und bemüht bleibt, die Arbeitslosigkeit in unserem Lande anzupacken, wo sie überhaupt nur zu packen ist. Wir sollten dabei allerdings nicht vergessen, daß das Land Bayern aus eigener Kraft allein nicht in der Lage sein wird, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

(Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

**I. Vizepräsident:** Ich danke dem Herrn Staatsminister für seine ausführliche Beantwortung der Interpellation. Ich glaube, im Namen des ganzen Hauses zu sprechen, wenn ich feststelle, daß wir mit Genugtuung gehört haben, die bayerische Staatsregierung werde mit allen Kräften bemüht sein, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden.

(Bravo! bei der CSU.)

Ich eröffne die Aussprache. Zuvor möchte ich folgendes sagen: Es ist beabsichtigt, mittags um 1/21 Uhr die Sitzung zu schließen. Ich glaube, das Haus kann wirklich in Anspruch nehmen, daß nach dieser arbeitsreichen Woche einige Tage Ruhe eintreten. Bis jetzt sind vier Redner vorgemerkt. Zum Wort hat sich zunächst der Herr Abgeordnete Drechsel gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Drechsel (SPD):** Meine Damen und Herren! Ich muß ebenfalls wie der Herr Wirtschaftsminister meine Ausführungen mit dem Hinweis auf die Interpellation der Sozialdemokratischen Partei im Juli des vergangenen Jahres beginnen, und zwar müssen wir deshalb mit diesem Hinweis beginnen, weil uns damals der Vorwurf gemacht worden ist, daß wir diese Interpellation nur eingebracht hätten, um eine gewisse Vorstimmung für die Wahlen zu schaffen. Wir haben damals die Interpellation bei einem Stand der Arbeitslosigkeit von 350 000 Arbeitslosen in Bayern eingebracht. Wir äußerten dabei unsere Besorgnis, daß die in diesen Monaten eingeleitete Entwicklung ihre Fortsetzung finden wird. Wir wollten mit unserer Interpellation nichts anderes erreichen, als die Staatsregierung aus unseren Überlegungen und Erkenntnissen heraus darauf aufmerksam zu machen, daß die Entwicklung der deutschen Wirtschaft nicht dahin gehen werde, wie es der Herr stellvertretende Ministerpräsident in Beantwortung der Interpellation dann darzustellen versuchte, sondern daß sich bereits ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit anzeige.

Auch die vorliegende Interpellation ist einzig und allein aus der Sorge um die Entwicklung in unserem Lande geboren.

(Meigner: Die vierte Landesuniversität auch!)

Als ich in der Sozialdemokratischen Fraktion dafür eintrat, erneut eine Interpellation wegen der Arbeitslosigkeit einzubringen, hatte ich tatsächlich nichts anderes als die 475 000 Arbeitslosen in Bayern im Auge, und ich erkannte auch auf Grund meiner Erfahrungen, daß diese Arbeitslosigkeit von Woche zu Woche steigen wird. Da war von der vierten Universität nicht im geringsten die Rede. Sie dürfen mir glauben, daß ich persönlich die Sorge des Herrn Wirtschaftsministers teile, wie wir diese Arbeitslosigkeit bekämpfen können.

(Meigner: Ich bin davon überzeugt!)

Ich bin überhaupt der Auffassung, daß man dieses Problem der Arbeitslosigkeit langsam aus der parteipolitischen Diskussion herausheben müßte.

(Sehr gut!)

Wenn Sie die Formulierung unserer Interpellation ansehen, dann werden Sie finden, daß wir die bayerische Staatsregierung nur auf die Entwicklung aufmerksam machen und einen Vorwurf lediglich gegen die grundsätzliche Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik erheben. Über diese Wirtschaftspolitik sind wir allerdings etwas anderer Meinung als der Herr Wirtschaftsminister selbst. Wir sind insbesondere etwas anderer Meinung hinsichtlich dessen, was uns damals bei der Beantwortung der Interpellation der Herr stellvertretende Ministerpräsident dargelegt hat, wobei ich allerdings die Vermutung habe, daß die damals gegebene Antwort auch aus dem Wirtschaftsministerium stammte. Ich betone, daß im Juli die in der Bundesrepublik betriebene Wirtschaftspolitik vom Staatsministerium noch mit Behemmen verteidigt und als Beispiel einer weisen Politik hingestellt wurde.

(Sehr richtig! links.)

Unterdessen hat sich allerdings die Lage ein klein wenig geändert. Ich möchte Sie auf diese Änderung der Situation ausdrücklich hinweisen. Vielleicht ist Ihnen auch bekannt, daß der Vorgänger des jetzigen Bundeswirtschaftsministers, des Herrn Professors Dr. Erhard, Herr Dr. Semler vor einiger Zeit hier in München gesprochen hat. Es war für mich außerordentlich interessant, daß dieser Mann an der von Herrn Professor Dr. Erhard betriebenen Wirtschaftspolitik eine sehr vorsichtige Kritik übte, daß aber immerhin seine Kritik an den Stellen einsetzte, wo es notwendig ist.

Ich habe am 2. Januar in der Zeitung „Die Welt“ in Hamburg einen offenen Brief des Vorstandsmitglieds der Phönix-N.G., des Herrn Friedrichs, an den Herrn Wirtschaftsminister Dr. Erhard gelesen, den ich Sie bitte einmal nachzulesen. Ich habe vorhin aus den Äußerungen unseres Herrn Wirtschaftsministers herausgehört, daß er die gleichen Sorgen hat wie dieser Mann. Friedrichs wirft dem Bundeswirtschaftsminister vor, daß er, nachdem er es als Wirtschaftsdirktor in Frankfurt seinerzeit außerordentlich gut verstanden habe, bei seiner Wirtschaftspolitik Verbindung mit den Kreisen der Wirtschaft zu halten und diese Politik auf deren Bedürfnisse abzustimmen, seit einigen Monaten von dieser Praxis abgewichen sei und seine Wirtschaftspolitik nunmehr nach gewissen theoretischen Ausrichtungen betreibe.

Wir befinden uns mit unserer Kritik an der Bundeswirtschaftspolitik auch noch in anderer Beziehung in einer sehr guten Gesellschaft. Der Herr Wirtschaftsminister hat am 2. Januar selbst über Radio München eine Betrachtung über die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik angestellt. Ich zitiere einen Satz aus der Meldung von WWD vom 2. Januar, wonach er sagte: Es sei unter anderem zu berücksichtigen, daß das Bundesgebiet und Westberlin gegenwärtig die höchsten Arbeitslosenziffern aller ERP-Länder zeigen. Unter diesem Gesichtspunkt müsse die Kreditpolitik hier wahrscheinlich großzügiger sein als in anderen Ländern. Mit einer Verstärkung der Einfuhren werde zwangsläufig das Problem der Zahlungsbilanz und der Währungsparität hervortreten. Die Liberalisierung des westeuropäischen Handels könne nicht der einzige oder auch

(Drechsel [SPD])

nur ausschlaggebende Bestandteil der Wirtschaftspolitik des Bundesgebiets sein.

Auch in diesen Ausführungen ist eine zwar sehr vor- sichtige Kritik an der Wirtschaftspolitik des Bundes ent- halten, aber doch, wie ich glaube, eine Kritik an der Stelle, wo sie tatsächlich einzusetzen hat. Wir im Baye- rischen Landtag können nämlich auch nichts anderes tun, als diese Fehlerquellen aufzeigen und die Staatsregie- rung ersuchen oder beauftragen, über den B u n d e s - r a t E i n f l u ß auf diese Wirtschaftspolitik zu nehmen. Zu diesem Zweck stehen uns einzig und allein Inter- pellationen zur Verfügung, mit denen wir diese Pro- bleme aufrollen können. Ich glaube, die Diskussion ge- rade über das Problem Nr. 1, über die Arbeitslosigkeit, kann nicht sauber genug geführt werden, um diejenigen Mittel herauszufinden, mit denen man diese Arbeits- losigkeit bekämpft.

(Weidner: Sehr gut!)

Ich habe vorhin gesagt, daß dieses Problem aus der parteipolitischen Diskussion herausgehoben werden muß. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine Unter- suchung eines Befragungsinstituts in München verwei- sen, die vor einigen Wochen angestellt worden ist, eine Befragung, na, sagen wir einmal, der Arbeitslosen. Als ich diesen Bericht bekam, erinnerte ich mich tatsächlich an die Zeit des Winters 1932/33. Sie können es ja selbst draußen im Lande hören: Was heute bereits wieder aus den Arbeitslosen spricht, ist eine Stimmung, die es tatsächlich wert ist, daß man sie außerordentlich ge- nau beachtet.

(Sehr richtig!)

Diese Stimmung der Arbeitslosen ähnelt in ihren Äuße- rungen der Situation des Jahres 1932. Wenn dieses Befragungsinstitut darauf hinweist, daß man die Be- schwerden der Arbeitslosen unter dem Motto zusam- menfassen kann: Schuld an unserer Lage sind die da oben! und wenn es ferner darauf hinweist, daß diese Arbeitslosen diesen Begriff „da oben“ überhaupt nicht definieren können, dann haben Sie die Situation, vor der wir schon einmal im Jahre 1932 standen.

Ich bin der Auffassung, daß man dieses Problem der Arbeitslosigkeit in einer Weise diskutieren muß, die die Möglichkeit schafft, alle verfügbaren Kräfte für die B e k ä m p f u n g der Arbeitslosigkeit einzusetzen. Mir ist in den letzten Tagen ein zeitlich allerdings schon etwas zurückliegender Bericht einer amerikanischen Dienststelle bekannt geworden, die sich bereits im Juli dieses Jahres mit der Arbeitslosigkeit im B u n d e s g e b i e t beschäftigt hat. Damals betrug die Arbeitslosenziffer im Bundesgebiet 800 000 und heute beträgt sie das Doppelte! Diese amerikanische Unter- suchungsstelle hat den Vorschlag gemacht, daß in den Parlamenten überhaupt nicht mehr über die Arbeits- losigkeit diskutiert werden soll, sondern daß sich die poli- tischen Parteien in ihren Spitzen darüber einigen soll- ten, eine aus Fachleuten bestehende Kommission zu bilden. Diese Kommission solle dann alle Probleme her- ausschälen, die in Bezug auf die Wirtschaftspolitik und in Bezug auf die Arbeitslosigkeit auftreten, und der Regierung alle Maßnahmen vorschlagen, die der Be- kämpfung der Arbeitslosigkeit dienen.

So ist die Lage hinsichtlich der Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet. Und wenn Sie nun dazu die Zahl von

482 000 Arbeitslosen in Bayern nach dem Stande vom 14. Januar nehmen, so ist eben tatsächlich die Situation des Winters 1932 gegeben.

(Weidner: Nicht ganz, Herr Kollege Drechsel, die Verhältnisse sind anders!)

— Mein lieber Herr Kollege Weidner, es kommt darauf an, wie ich diese Arbeitslosigkeit betrachte. Wenn ich nämlich die wirtschaftliche Situation derjenigen Kreise, aus denen die Arbeitslosen hervorgehen, in die Betrach- tung einbeziehe, dann ist die Lage vielleicht noch viel schlechter als im Winter 1932/33.

(Weidner: Das Gegenteil ist der Fall.)

— Selbstverständlich kann man über diese Frage ande- rer Meinung sein. Ich verweise hier auf die in der Be- trachtung der Arbeitslosigkeit bestehenden Widersprüche. Der Herr Bundesarbeitsminister Storch hat erst in den letzten Tagen noch davon gesprochen, daß die Zahl von 1,6 Millionen Arbeitslosen im Bundes- gebiet nicht besorgniserregend sei. Ich weiß nicht, welche Zahl dann überhaupt besorgniserregend sein soll. Ich weiß insbesondere nicht, wie man davon sprechen kann, daß kein Grund zur Sorge besteht, wenn man sich die Arbeitslosigkeit etwa in einzelnen Ländern und ganz besonders in Bayern einmal näher ansieht.

Meine Damen und Herren! In der Frage der Be- kämpfung der Arbeitslosigkeit hat uns heute der Herr Wirtschaftsminister in sehr ausführlicher Weise einen Bericht darüber erstattet, was in der Vergangenheit in dieser Beziehung geschehen ist und was in der Zukunft noch geschehen wird. Bei der Beratung des Wirtschafts- etats werden wir über diese Probleme noch sehr viel zu sagen haben. Ich hatte bei der Rede des Herrn Wirt- schaftsinisters das Gefühl, daß auch er sich noch einen ganz wesentlichen Teil von einschlägigen Ausführungen für seine Statrede vorbehalten hat.

Bei der Besprechung unserer Interpellation über die Arbeitslosigkeit im Juli des vergangenen Jahres habe ich davor gewarnt, zu große Hoffnungen auf die ERP- Kredite zu setzen. Ich habe damals darauf hinge- wiesen, es sei ein Fehler der Wirtschaftspolitik des Herrn Bundesministers gewesen, daß er seine Hoffnungen zu sehr auf den Marshallplan beziehungsweise nach der finanziellen Seite zu sehr auf die ERP-Kredite gründete. Professor Dr. Erhard hat damals von einem Kredit für ein Vierteljahr in Höhe von 3 Milliarden Mark ge- sprochen. Heute haben wir die Gewißheit, daß zunächst einmal 600 Millionen DM aus ERP-Mitteln in die deutsche Wirtschaft fließen.

Ich teile den Optimismus des Herrn Wirtschafts- ministers nicht, daß von diesem Betrag von 600 Mil- lionen DM — ich weiß nicht, welche Summe davon endgültig nach Bayern fließen wird — eine große Aus- wirkung auf die Verminderung der Arbeitslosigkeit er- wartet werden kann. Bedenken Sie, daß die westdeutsche Wirtschaft im Jahre 1949 aus eigener Kraft ungefähr 6 Milliarden DM neu investiert hat, und dann schätzen Sie bitte demgegenüber die Auswirkung von 600 Mil- lionen neuer Investitionsgelder in Westdeutschland auf die Arbeitslosigkeit ab! Wir müssen bei aller Investi- tionsfreudigkeit und bei allen Möglichkeiten, neu zu in- vestieren, die Tatsache berücksichtigen, daß seit der Wäh- rungsreform mit Hilfe dieser Investitionen auch eine Steigerung in der Produktion eingetreten ist. Durch diese Steigerung in der Produktion ist eine

**(Drehfel [SPD])**

Freisetzung von Arbeitskräften erfolgt. Die Arbeitslosigkeit in ihrer jetzigen Form ist nicht mehr allein eine strukturelle Arbeitslosigkeit. Aus den einzelnen Berichten der Industrien wissen Sie ja, daß die Freisetzung von Arbeitskräften in der letzten Zeit in einem sehr großen Umfang zu beobachten war. Wir finden auf der einen Seite eine Freisetzung von Arbeitskräften infolge der mangelnden Kaufkraft der breiten Masse und auf der anderen Seite eine Freisetzung von Arbeitskräften infolge der zunehmenden Rationalisierung in den einzelnen Betrieben.

(Schraml: Und infolge der Überbelastung des Wirtschaftslebens!)

— Ich weiß nicht, wie Sie die „Überbelastung des Wirtschaftslebens“ verstehen. Ich sehe eine Überbelastung innerhalb unserer Wirtschaft nur von der Kaufkraftseite her, weil unsere innerdeutsche Kaufkraft gar nicht mehr ausreicht, die von der deutschen Wirtschaft hergestellten Produkte abzunehmen.

Meine Damen und Herren! In diese Situation plagt nun die uns von der ECA in Paris anbefohlene Liberalisierung des europäischen Handels herein! Ich glaube, daß auch der Herr Wirtschaftsminister in seiner Statrede gezwungen sein wird, auf diese Liberalisierung des europäischen Handels und deren Auswirkung auf Westdeutschland einzugehen, weil die vom Herrn Wirtschaftsminister Dr. Erhard seit einigen Monaten angestrebte Politik wesentlich zur jetzigen Arbeitslosigkeit in Westdeutschland beigetragen hat. Es wäre außerordentlich interessant, die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft seit der Währungsreform noch einmal aufzuzeigen, aber ich glaube, wir können uns das bis zur Behandlung des Wirtschaftsetats selbst aufsparen. Bei dieser Gelegenheit wird über die Wirtschaftspolitik im Bundesgebiet noch mehr zu sagen sein.

Nun möchte ich in einer etwas detaillierten Weise auf die vom Herrn Wirtschaftsminister am Schluß seiner Ausführungen angegebenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingehen. Wenn der Herr Wirtschaftsminister davon spricht, daß die Ansetzung von Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit das letzte Mittel sein müsse, dann sind wir angesichts der tatsächlichen Lage auf dem Arbeitsmarkt doch etwas anderer Auffassung. Ich verweise hier auf einen Umstand, der sich in einer ausländischen Wirtschaft abgezeichnet hat. Als sich im vergangenen Jahr in Amerika ein Rückgang in der Produktion anzeigte, hat die amerikanische Regierung mit einem Schlag 850 Millionen Dollar in die amerikanische Wirtschaft hineingepumpt und mit Hilfe von Notstandsarbeiten den allgemeinen Wirtschaftsablauf in einer verhältnismäßig kurzen Zeit wieder angekurzelt.

(Zuruf von der CSU.)

— Ich weiß, Sie lächeln; diese 850 Millionen Dollar muß man erst haben.

(Ministerpräsident Dr. Erhard: Das ist geschehen, ohne daß die Gelder der normalen Wirtschaft entzogen worden sind!)

— Es sind die berühmten freistehenden Mittel in Amerika, das natürlich mit Großzügigkeit über Dollars verfügen kann. Wir brauchen aber keine 850 Millionen

Dollar, um die in Bayern vorhandene Arbeitslosigkeit von allen Seiten her anzugreifen. Ich bin im Gegenteil der Auffassung, daß es mit einer gewissen Lockerung der Kreditpolitik möglich sein muß, auch in Bayern mit Hilfe der Durchführung von Notstandsarbeiten der Arbeitslosigkeit etwas zu Leibe zu gehen.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Ich glaube, daß über dieses Problem nicht allein von der Regierungsseite her beraten werden sollte, sondern daß man aus den Kreisen der Wirtschaft und der gesamten Öffentlichkeit diejenigen Kräfte herausziehen müßte, die Vorschläge über das Problem der Kreditausweitung zu machen haben. Mit Hilfe der Erweiterung der Produktion in Bayern oder überhaupt im Bundesgebiet kann meiner Ansicht nach für die nächste Zeit keine wesentliche Verminderung der Arbeitslosigkeit erreicht werden, es sei denn vom Bauktor her. Wenn wir aber die Ziffer von 1,6 Millionen Arbeitslosen im Bundesgebiet ansehen, dann dürfte uns klar sein, daß durch eine Ankurbelung der Bautätigkeit allein die Zahl der Arbeitslosen nicht wesentlich vermindert werden kann, vor allem, wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß aus anderen Teilen der Wirtschaft laufend neue Arbeitslose hinzukommen und daß vielleicht in der nächsten Zeit durch die hereinströmenden Flüchtlinge die Zahl der Arbeitslosen weiter erhöht wird.

Die mit Hilfe einer Kreditausweitungspolitik anzustrebenden Notstandsarbeiten waren in all den Ländern, die in den letzten Jahren mit Arbeitslosigkeit zu rechnen hatten, das einzige Hilfsmittel, um der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Auch bei uns gibt es nach meiner Auffassung keine andere Möglichkeit, als an dieses Problem heranzugehen. Doch bin ich mir darüber im klaren, daß die bis jetzt über die Kreditpolitik bestehenden Bestimmungen einer solchen Absicht im Wege stehen. Es war mir außerordentlich interessant, was der Herr Wirtschaftsminister in seinen Ausführungen über dieses Problem gesagt hat, und es würde mich außerordentlich freuen, wenn er es in einer der nächsten Sitzungen des Wirtschaftsausschusses aufrollen würde, damit man tatsächlich die letzten Möglichkeiten auf diesem Gebiet aufspürt, um in den nächsten Wochen vielleicht neue Kräfte zur Lösung dieses Problems einsetzen zu können.

Ich muß in diesem Zusammenhang noch einmal auf diese vom Herrn Wirtschaftsminister angekündigten ERP-Kredite zu sprechen kommen, da es bis heute noch nicht bekannt ist, auf welche Projekte sich diese ERP-Kredite erstrecken werden. Mir ist bekannt, daß sie über die Wiederaufbaubank geleitet werden, und mir ist ferner bekannt, daß die Wiederaufbaubank vor einigen Wochen durch die Presse bekanntgegeben hat, eine Veröffentlichung der einzelnen Projekte, die mit diesen ERP-Krediten versehen werden sollen, sei nicht wünschenswert. Ich glaube aber, daß wir angesichts der Auswirkung der bisherigen Kreditpolitik ein außerordentlich großes Interesse an der Art haben, wie in Zukunft derartige Kredite in der bayerischen Wirtschaft angelegt werden.

Meine Damen und Herren, es wäre einmal sehr reizvoll zu untersuchen, wie sich die staatliche Kreditpolitik seit der Währungsreform in Bayern ausgewirkt hat, und zwar aus dem Grunde, weil man

(Drechsel [SPD])

sich damals bei der Währungsreform der Hoffnung hingab, die der Wirtschaft gegebenen Kredite fließen in einem möglichst schnellen Umlauf wieder zurück, so daß dann neue Projekte mit Krediten versehen werden könnten. Aus dem Ablauf der ganzen Wirtschaft kann man aber meiner Ansicht nach jetzt wohl den Schluß ziehen, daß von dieser Hoffnung sehr wenig übriggeblieben ist, da bisher aus der Wirtschaft von den ihr gegebenen Krediten nur sehr wenig an die Staatskassen zurückgezahlt werden konnte. Wir sehen an der Ausweitung der Kreditsumme, daß aus den bisher gegebenen Krediten keine weiteren Möglichkeiten fließen.

Am Schluß meiner Ausführungen möchte ich noch einmal den Appell an die Staatsregierung richten, daß sie auf Grund ihrer teilweisen eigenen Erfahrungen mit der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik auf dem Wege über den Bundesrat auf eine Änderung dieser Wirtschaftspolitik hinarbeitet. Weiter möchte ich daran erinnern, was ich eingangs gesagt habe, daß man das Problem der Arbeitslosigkeit aus der parteipolitischen Atmosphäre herausheben müßte, um hier endlich zu brauchbaren Lösungen zu kommen. Die Sozialdemokratie will mit ihren Interpellationen das Problem der Arbeitslosigkeit nicht irgendwie in eine parteipolitische Auseinandersetzung hineinziehen, sondern sie hat einzig und allein das Bestreben, eine Änderung dieses unhaltbaren Zustandes im Interesse derjenigen herbeizuführen, die unter der Geißel der Arbeitslosigkeit zu leiden haben.

(Beifall bei der SPD.)

**II. Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Weidner.

**Weidner (FDP):** Meine Damen und Herren! Nach der langen Nacht, die wir hinter uns haben, mag es psychologisch verständlich sein, daß die Aufmerksamkeit bei den sehr interessanten und sachlichen Ausführungen des Kollegen Drechsel verhältnismäßig gering war. Gleichwohl bedauere ich diese Müdigkeit doch, da es sich nun einmal um eines der vordringlichsten Probleme handelt, mit denen wir uns zu beschäftigen haben. Ich habe dem Kollegen Drechsel für die Sachlichkeit seiner Ausführungen zu danken. Sie haben erkennen lassen, daß sie nicht dazu dienen können, irgendwelche Hezereien zu bewirken,

(Sehr gut!)

sondern daß auch die Sozialdemokratische Partei bemüht ist, diesem großen und vielleicht auch schwierigsten Problem der Gegenwart objektiv zu Leibe zu gehen.

Gleichwohl habe ich dem Kollegen Drechsel doch verschiedenes zu erwidern. Meine Damen und Herren! Es ist richtig, daß der Herr Wirtschaftsminister Dr. Erhard vor etwa einem Vierteljahr in optimistischer Weise geäußert hat — und er hat dies ja vor kurzem noch einmal bestätigt —, daß die Arbeitslosigkeit im Rückgang begriffen sei und weiter zurückgehen werde. Dabei muß ich aber daran erinnern, daß der bayerische Wirtschaftsminister Dr. Seidel gegenteiliger Auffassung gewesen ist, besonders von den bayerischen Verhältnissen aus gesehen. Weiter darf ich dabei daran erinnern, daß der Wirtschaftsausschuß des

Bayerischen Landtags sich auf meine Anregung nunmehr in jeder Sitzung mit dem Arbeitslosenproblem befassen wird.

In einem Gehe ich mit dem Herrn Kollegen Drechsel nicht einig: Die Kernfrage bei der Beurteilung des gesamten Arbeitslosenproblems ist nach meiner Auffassung das Volumen der Beschäftigten. Sie wissen aus Zeitungsmeldungen, daß die Beschäftigtenzahl im Bundesgebiet nicht geringer ist als etwa 1936. Sie ist in Bayern etwas geringer infolge der besonders gelagerten Verhältnisse. Ziehen wir doch einmal Vergleiche, beispielsweise mit einer Zeit, die noch nicht allzu lange hinter uns liegt, mit der Zeit von 1924! Wie ist es damals gewesen? Jede Währungsreform nach vorausgegangenem desorganisiertem Währungssystem bringt natürlich einen ungeheuerlichen Schnitt in das Wirtschaftsleben mit sich. So ist es 1924 gewesen und so war es auch wieder 1948. 1924, 1925 und 1926 aber wurde dieses schwerwiegende Problem überdeckt durch die großen Kredite, die aus Amerika nach Deutschland geflossen sind. Als diese dann 1930 gekündigt wurden, führte das zu dem großen Zusammenbruch der Wirtschaft. Da sind mir doch die heutigen Verhältnisse lieber, wo wir auf unsere eigene Kraft und auf unsere eigene Initiative gestellt sind.

So komme ich dazu, die Bedingungen zu untersuchen, unter denen wir heute leben und die zu dem Arbeitslosenproblem in der gegenwärtigen Form geführt haben. Im Gegensatz zu meinem verehrten Herrn Vorredner bin ich der Auffassung, daß in der Hauptsache die Struktur der Bevölkerung schuld ist an der Tatsache der überhöhten Arbeitslosenziffern im westdeutschen Bundesgebiet und insbesondere in Bayern. Das ist meines Erachtens der Hauptpunkt, an dem wir nicht vorübergehen können. Diese Tatsache wird naturgemäß von Tag zu Tag mehr in die Erscheinung treten, je mehr wir in Bayern und im westdeutschen Bundesgebiet gezwungen sind, Flüchtlinge aus den Ostgebieten aufzunehmen. Nach meiner Überzeugung wäre es auch bei einer völlig organisierten Wirtschaft zweifellos nicht möglich gewesen, die Flüchtlinge in vollem Umfang in den Wirtschaftsprozeß aufzunehmen.

(Zuruf von der CDU: Natürlich nicht!)

Wenn wir also von der Tatsache ausgehen, daß wir heute eine Beschäftigtenziffer haben, die ungefähr der von 1936 gleichkommt, dann sehen wir dadurch zum mindesten den Beweis erbracht, daß die Wirtschaft sich in einer organischen und vielleicht auch stetigen Weise günstig entwickelt hat.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Noch ein zweiter Punkt ist es gewesen, der schließlich dazu geführt hat, daß wir uns heute über diese Angelegenheit eingehend unterhalten müssen. Es ist das Belastungsproblem, das für die deutsche Wirtschaft entstanden ist durch die Abwertung des Pfundes im Sterling-Block und auf der anderen Seite durch die geringe Abwertung der Deutschen Mark, wovon besonders Bayern betroffen wurde. Ich habe gestern abend einen Porzellanfabrikanten gesprochen, der mir erklärt hat, daß durch diese zu geringe Mark-Abwertung nach seiner Überzeugung — nach meiner Überzeugung auch — der Porzellanabsatz nach den außerdeutschen Ländern

(Weidner [FDP])

leider in den letzten Wochen stark zurückgegangen ist, so daß seine Porzellanfabrik sich unter Umständen jetzt auch gezwungen sieht, Ausstellungen vorzunehmen. Auch der Mangel an Export nach den östlichen Ländern ist es naturgemäß, der uns heute eine so geringe Kapazität unserer industriellen Erzeugung aufzwingt, und nicht zuletzt — Herr Kollege Drechsel hat das bereits erwähnt — der Mangel an Liquidem Kapital.

Eine Richtiggstellung muß ich vornehmen: Der Vizekanzler Blücher hat erklärt, daß man uns nicht einseitig die Liberalisierung aufzwingen kann, wenn wir auf der anderen Seite damit zu rechnen haben, daß uns staatliche Kollektivaufgaben gemacht werden.

(Drechsel: Er macht die Handelsverträge nicht, die macht Dr. Erhard!)

— Ich glaube, daß Blücher soviel Einfluß auf Dr. Erhard hat, um auch in dieser Beziehung seine Ideen, die auch meine und wohl ebenso Ihre Ideen sind, vielleicht sogar die Ideen des Bayerischen Landtags, in entsprechender Weise durchzusetzen.

Es sei mir gestattet, meine Damen und Herren — Sie nehmen es mir gewiß nicht übel —, daß ich in diesem gesamten Zusammenhang ganz kurz die Flüchtlingsfrage streife. Der Flüchtling ist noch nicht organisch eingegliedert; es kann ja auch nicht anders sein, wie ich vorhin schon andeutete. Aber erlauben Sie mir, Ihnen noch zu sagen, wie es auf diesem Sektor aussieht. Mir liegen Ziffern vor, wonach die Flüchtlinge im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeitslosen 40 Prozent des Kontingents an Arbeitslosen stellen; 24 Prozent der Flüchtlinge dagegen sind in den Arbeitsprozeß eingereiht. Diese Ziffern sprechen für sich selbst. Wenn man bei den 24 Prozent aber bedenkt, daß von diesen Flüchtlingen ein ganz angemessener Prozentsatz — nämlich 17 Prozent — fremdberuflich eingesetzt ist, und wenn man weiter bedenkt, daß viele Flüchtlinge weite Wege zur Arbeitsstätte zurückzulegen haben, so erscheint das Problem auch für die Flüchtlinge, die inzwischen in den Arbeitsprozeß eingegliedert wurden, in seiner ganzen Tragweite noch lange nicht gelöst.

Meine Damen und Herren! Es scheint mir wichtig, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die Ziffern, die uns immer über die Vollbeschäftigung der Wirtschaft vorgelegt werden, einer Korrektur bedürfen. Es ist eine Korrektur nötig, wenn uns gesagt wurde — ich glaube, es war im September —, die westdeutsche Wirtschaft wäre mit 76 Prozent ihrer Kapazität, gemessen an 1936, beschäftigt. Diese 76 Prozent mögen schon richtig sein, aber dabei ist das eine nicht berücksichtigt, daß wir jetzt eine größere Bevölkerung haben,

(sehr richtig!)

die naturgemäß auch einen größeren Bedarf aufweist. Demgemäß ist die Ziffer von 76 Prozent nach meiner Überzeugung unter allen Umständen anders zu beurteilen, als man es auf den ersten Blick zu tun geneigt ist.

Auch in Bayern haben wir uns — der Herr Wirtschaftsminister hat das vorhin angedeutet — im Wirtschaftsausschuß bereits wiederholt mit den einschlägigen Problemen beschäftigt. Sie kennen den Antrag Eimerl, der sich mit der Frachtlage besonders der ost-

bayerischen und nordostbayerischen Gebiete befaßt, die völlig ungenügend ist und einer besseren Lösung zugeführt werden muß. Ich möchte auch daran erinnern, daß ich meinerseits vorgestern einen Dringlichkeitsantrag eingebracht habe, der sich auf den Borgriß auf ein Viertel der künftigen Regierungsmittel für den Wohnungsbau bezieht, und zwar zur sofortigen Verwendung. Ich habe den Kollegen zu danken — es sind 50 an der Zahl —, die diesen Antrag mitunterschrieben haben. Unter der Voraussetzung also, daß Sie sich hinter den Antrag stellen, wird es möglich sein, bereits etwa Anfang März und nicht erst Anfang Mai oder Anfang Juni mit der neuen Bautätigkeit zu beginnen.

Ich darf dem bayerischen Wirtschaftsminister und der bayerischen Staatsregierung überhaupt noch eines sagen: Ihnen dürfte in diesen Tagen ebenso wie mir eine Handelszeitung aus Düsseldorf zugegangen sein; jedenfalls bekomme ich sie seit einigen Tagen. Darin steht — ich glaube, in der Ausgabe vom letzten Samstag — folgendes Inserat: „Schleswig-Holstein baut seine Industrie aus. In fast allen Landesteilen können Betriebsräume und Industriegelände in günstiger Lage an Interessenten mit geeignetem Produktionsprogramm und einem angemessenen Eigenkapital vermittelt werden. Die Landesregierung von Schleswig-Holstein prüft und fördert ihre Pläne und erbittet nähere Mitteilung an das Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr.“ — Es mag dies manchem, der besonders der Frage des Einbaus neuer Betriebe in Bayern ablehnend gegenüberstand, zum Nachdenken Veranlassung geben. Jedenfalls glaube ich, daß Bayern durchaus nach diesem Muster auch etwas unternehmen könnte.

Seit ungefähr 4 oder 5 Wochen bemühe ich mich im Auftrag von Freunden aus Nürnberg darum, daß das Finanzministerium oder das Innenministerium nun endlich Schulden auf dem Baufaktor bezahlt, Schulden, die aus Forderungen für den Bau von Flüchtlingsbaracken in Nürnberg Ende September herrühren. Ich habe wiederholt mit Herrn Dr. Hausner und Herrn Ministerialdirigent Dr. Adam gesprochen, und gestern kommt ein Anruf aus Nürnberg, daß diese Schulden, die von Ende September stammen, immer noch nicht beglichen sind! Es handelt sich dabei um 30 bis 40 Baufirmen, die, wie ich glaube, am Lager Langwasser vor dem 1. Oktober 1949 Arbeiten geleistet haben. Die Arbeiten sind bis heute nicht bezahlt. Von diesen 30 bis 40 Firmen sind etwa 75 Prozent Flüchtlingsfirmen und 25 Prozent einheimische Unternehmungen. Es handelt sich dabei insgesamt um einen Betrag von 350 000 Mark. Ich habe dem Herrn Ministerialdirigenten Dr. Adam kurz vor Weihnachten gesagt, daß bei dieser Gruppe von Firmen Verzweiflung herrscht, weil sie zu Weihnachten ja ihre Leute nicht bezahlen können. Gestern kommt der Anruf, und da wird mir von einer Nürnberger Firma gesagt: Notieren Sie sich einmal, was die einzelnen größeren Forderungen ausmachen! — Da ist eine Flüchtlingsfirma mit 75 000 Mark; da ist eine einheimische Firma mit 65 000 Mark — ich könnte Sie Ihnen ja namentlich nennen —; da ist wieder eine einheimische Firma mit 20 000 Mark, eine Flüchtlingsfirma mit 40 000 Mark und eine andere Flüchtlingsfirma mit 20 000 Mark. Was ist denn nun die Folge davon, wenn der Staat ein säumi-

(Weidner [FDP])

ger Zahler ist? Die Leute müssen ausgestellt werden! Es bleibt doch den Firmen gar nichts anderes übrig. Mir ist eine Zahlungsverzögerung in dieser ungeheuren Form einfach unverständlich.

Weiter liegt mir hier eine Eingabe des Sägewerksverbandes für Bayern vor. Danach hat die Oberste Baubehörde den Sägewerksverband und dieser daraufhin eine Anzahl von Mitgliedern veranlaßt, Baracken zu errichten; die Oberste Baubehörde hat sich aber geweigert, diese Baracken nach der Umstellung gemäß ihrer formalen Rücktrittsberichtigung abzunehmen. Die Folge davon ist eine große Krise innerhalb Bayerns bei den betreffenden 20 Firmen für die Herstellung von Holzbaracken. Ich möchte die Oberste Baubehörde doch bitten, dieser Frage der Holzbaracken, die sie vielleicht hier oder dort doch abnehmen könnte, ihre Aufmerksamkeit, und zwar ihre wohlwollende Aufmerksamkeit, zu widmen.

Meine Damen und Herren! Zum Schluß eine Anregung: Wäre es bei den besonders gelagerten Verhältnissen Bayerns nicht vielleicht doch angebracht, daß wir uns mit einem Enquete-Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der bayerischen Wirtschaft befassen? Ich weise auf das Beispiel der westlichen Länder hin, die von dieser Möglichkeit besonders vor dem ersten Weltkrieg in großem Umfang Gebrauch gemacht haben. Man ist in Deutschland diesem Beispiel nur zögernd gefolgt; es geschah wohl 1906 einmal und etwa 1926 ein zweites Mal, daß man einen solchen Enquete-Ausschuß bildete. Vielleicht ist es aber jetzt an der Zeit, daß auch wir uns mit dieser Frage beschäftigen.

**II. Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Piehler.

**Piehler (SPD):** Meine Damen und Herren! In der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 6. Dezember 1949 machte der Herr Haushaltsreferent des bayerischen Finanzministeriums folgende Ausführungen: „Bayern hat gegenwärtig 373 000 Arbeitslose. Hat es unter diesen Umständen überhaupt noch einen Zweck, den Haushalt weiterzuberaten und zu versuchen, den Haushalt auszugleichen?“ Unterdessen ist die Zahl der Arbeitslosen noch einmal um 100 000 gestiegen und aller Voraussicht nach wird sie noch um einige 10 000 weiter steigen. Es wäre nun interessant, wenn der Herr Finanzminister ebenfalls zur Arbeitslosigkeit sprechen und uns sagen würde, wie die Arbeitslosigkeit sich jetzt auf den Staatshaushalt auswirkt. Ich glaube, man braucht nicht Finanzfachverständiger zu sein, um die Frage beantworten zu können. Das Loch, das hier entstanden ist und das am 6. Dezember schon so groß war, daß der Herr Finanzreferent der Auffassung gewesen ist, es habe keinen Zweck mehr, zu versuchen, den Haushalt auszugleichen, erweitert sich von Tag zu Tag, und zwar nach beiden Seiten; denn je mehr die Arbeitslosigkeit steigt, desto weniger Steuern gehen ein, desto mehr muß der Staat an Zuschüssen zahlen und desto mehr Firmen kommen und verlangen Staatskredite und Staatszuschüsse, um ihre Betriebe aufrechtzuerhalten. Es wäre also interessant zu hören, was der Finanzminister von seinem Standpunkt aus dazu zu sagen hätte.

Aber ich gehe jetzt einmal vom Standpunkt des Arbeitslosen aus. Man muß selbst arbeitslos gewesen sein, um überhaupt feststellen zu können, wie es dem Arbeitslosen geht, und zwar nicht nur leiblich, sondern auch seelisch. Wenn man einmal 4 Jahre arbeitslos ist, wenn man tagtäglich von einem Betrieb zum andern laufen und versuchen muß, Arbeit zu bekommen, wenn man nicht mehr in der Lage ist, die Straßenbahn zu benützen, wenn man zum Schluß nicht einmal mehr weiß, wie man seine Stiefel sohlen lassen kann, dann weiß man, was Arbeitslosigkeit ist, und dann kann man auch die Verzweiflung der Arbeitslosen verstehen. Es muß deshalb alles getan werden, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Es muß aber auch alles geschehen, um die Ursachen, die zur Arbeitslosigkeit geführt haben, zu beseitigen.

Herr Wirtschaftsminister, seien wir uns doch darüber klar, daß die Politik des Herrn Bundeswirtschaftsministers Dr. Erhard die größte Schuld daran trägt! Erhard ist unstreitig ein tüchtiger Redner; er ist vielleicht ein guter Politiker, er ist vielleicht auch ein guter Theoretiker. Aber er ist kein Praktiker. Das hat er in Bayern bewiesen; denn er ist ja mit daran schuld gewesen, daß die ungeheuren Werte, die in Bayern in den Lagern vorhanden waren, verlorengegangen sind, weil er damals schon prophezeit hat, daß die Währungsreform im November/Dezember 1945, spätestens aber im Januar/Februar 1946 kommen wird. Das gleiche macht er jetzt wieder. Man kann auf alle die Fehler und Schwächen, die er gezeigt hat, gar nicht eingehen.

Ich möchte nur auf eines hinweisen. Er hat kurz nach der Währungsreform erklärt, daß sich die Preise im Inland den Weltmarktpreisen anpassen müßten. Nach kurzer Zeit ist festgestellt worden, daß die deutschen Preise weit über die Weltmarktpreise hinausgegangen sind. Ich erinnere bloß daran, daß die Preise für Schuhe um das Doppelte und Dreifache stiegen, worauf der Herr Wirtschaftsminister erklärte, man müßte 500 000 Paar Schuhe einführen, um auf die Preise in Deutschland einzuwirken. Er sprach immer von dem Auspendeln der Preise, von Preisabbau, Stabilisierung und jetzt von der Liberalisierung vor allem des Außenhandels; und trotz aller Bedenken, die ihm jetzt schon von vielen Seiten entgegengehalten wurden, läßt er sich nicht mehr davon abbringen. Erst in letzter Zeit stand ein Artikel in der Zeitung, daß er mit aller Entschiedenheit dafür eintrete, die Liberalisierung des Außenhandels weiter fortzusetzen und die Preise sich auch hier auspendeln zu lassen. Wie sich das auswirkt, haben wir in den letzten Tagen gesehen, als wir lasen, daß 4000 Tonnen Kataoschalen eingeführt wurden, die als Katao verkauft werden. An diesem Geschäft sind Millionen verdient worden, während die Arbeitslosen in der größten Not sind. Die Politik des Herrn Bundeswirtschaftsministers hat doch nur den Hortern und Schiebern Gewinn gebracht, die in der Lage waren, sich gewaltige Vorräte anzulegen und diese in D-Mark zu verkaufen. Die gegenwärtige Politik scheint vor allem wieder nur den Aus- und Einfuhrhändlern zugute zu kommen. Es ist interessant, daß sogar der Herr Bundesvizekanzler Blücher in seiner Rede, die er im Wirtschaftsministerium in München gehalten hat, sich dagegen gewehrt und das Wort von den „Schnittblumen“ geprägt hat.

(Piehler [SPD])

Wenn man in den Zeitungen liest, daß in Deutschland und besonders in Bayern gegenwärtig noch Tausende von Tonnen Obst vorhanden sind, die nicht verkauft werden können, weil so viel eingeführt wurde, so kann ich das nicht verstehen. Wenn dann außerdem — ich betone, das stammt vom Herrn Bundesvizekanzler — festgestellt wird, daß Schnittblumen eingeführt werden, so kann ich das auch nicht verstehen. Denn der Städter hat sich doch auch während der ganzen Notzeit für seinen „Ein- und Ausfuhrhandel“ Erfahrungen zulegen können. Es wird keinem Städter eingefallen sein, aufs Land zu fahren und anstatt Butter, Fett oder Fleisch Schnittblumen zu verlangen. Der Bauer draußen hätte wahrscheinlich erklärt: Du bist ja verrückt, wenn du jetzt Schnittblumen verlangst, die du in der Stadt um das Geld haben kannst, das dich die Fahrt kostet! Aber bei uns scheint es so zu sein.

Es muß — und es befriedigt mich, daß auch der Herr Wirtschaftsminister jetzt anscheinend den gleichen Standpunkt einnimmt — vorausschauend geplant und gelenkt werden. Das ist es, was wir schon vor zwei und drei Jahren verlangt haben. Hintennach ist es zu spät, denn wenn die Lawine ins Rollen kommt — und die Arbeitslosigkeit ist von jeher eine Lawine gewesen —, ist sie nicht mehr aufzuhalten, und niemand kann dann voraussehen, wie die Auswirkungen sein werden. Es muß also vorausschauend gelenkt und geplant werden, und da ist es für mich ebenfalls interessant, daß sich schon manches gewandelt hat. Sogar der Herr Kollege Krempf, der momentan nicht da ist,

(Zuruf: Da ist er!)

— um so besser! —, der in der Reichsmarkzeit der größte Käufer nach der freien Wirtschaft war, ist jetzt einer derjenigen, der dauernd nach der lenkenden und planenden Hand des Vaters Staat ruft.

(Krempf: Nein, ich bleibe immer bei der Vernunft!)

— Mein, Herr Kollege Krempf, ich habe das schon öfters in verschiedenen Ausschüssen festgestellt, daß Sie nun der beste Käufer nach der lenkenden und planenden Hand des Staates sind, und etwas anderes haben wir bis jetzt noch nie gefordert.

(Bezold Otto: Ist jetzt aus dem Saulus ein Paulus oder aus dem Paulus ein Saulus geworden?)

Es darf in der Wirtschaft keine Anarchie geben; aber das, was wir gegenwärtig haben, ähnelt allmählich einer Anarchie.

(Krempf: Jetzt sind wir wieder einig!)

Ich verlange das gleiche und habe noch nie etwas anderes verlangt, als daß der Staat planen und lenken soll, weil in der Wirtschaft nicht Anarchie einreißen darf. Ich möchte mich hier weniger mit dem Herrn Bundeswirtschaftsminister beschäftigen, der meiner Ansicht nach der Hauptschuldige an der jetzigen Arbeitslosigkeit ist —

(Zuruf von der CSU)

— es ist so: darüber müssen wir uns klar sein, daß man in der Wirtschaft nicht anarchische Zustände einreißen lassen darf, sondern daß man planen und lenken muß. Ich möchte mich aber mehr mit Bayern beschäftigen und da darf ich den Herrn bayerischen Wirtschafts-

minister, der jetzt anscheinend ebenfalls von der Politik des Herrn Bundeswirtschaftsministers Dr. Erhard abrückt, noch einmal dringend bitten, doch auch in Bayern alles zu tun, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern; denn Bayern hat nicht nur prozentual, sondern auch absolut die höchste Arbeitslosenziffer. Dahinter muß doch ebenfalls etwas stecken.

Darum möchte ich nochmals bitten, doch alles zu tun, daß Aufträge, die in Bayern ausgeführt werden können, auch wirklich in Bayern zur Vergebung gelangen. Ich habe gestern oder vorgestern im Haushaltsausschuß darauf hingewiesen — um bloß ein Beispiel zu nennen —, daß die Maxhütte jetzt eine Staatsbürgerschaft für Kredite von 10 Millionen DM braucht, daß sie aber gleichzeitig Millionenaufträge nach dem Norden vergeben hat, die in Bayern ebenfalls ausgeführt werden könnten, und daß in der Elektrizitätswirtschaft, wo doch jetzt Werke in größerer Anzahl ausgebaut werden, ebenfalls Millionenaufträge nach dem Norden vergeben werden, die die Firma Kraus-Maffei und die Firma MAN in Augsburg ebenfalls ausführen könnten. Das sind nicht vielleicht übertriebene föderalistische Grundsätze, die ich da aufstelle, sondern es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, daß, solange wir ein bayerisches Wirtschaftsministerium und einen Bayerischen Landtag haben, jeder bayerische Abgeordnete auch die Pflicht hat, sich für die bayerische Wirtschaft einzusetzen.

Ich möchte auf all das andere, was ich so oft gesagt habe und was den Bergbau anbelangt, gar nicht mehr eingehen. Hier ist es ebenfalls so, daß vieles getan werden könnte und daß schon vieles getan worden wäre, wenn man den Grundsatz, den man jetzt aufstellt, bereits damals aufgestellt hätte. Ich bitte also den Herrn Wirtschaftsminister nochmals dringend, alles zu tun, daß die bayerische Wirtschaft hinsichtlich der Aufträge, die in Bayern ausgeführt werden können, auch so berücksichtigt wird, wie es sein müßte.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

**I. Vizepräsident:** Es folgt der Herr Abgeordnete Karl Schmid.

(Dr. Hille: Ich bin als dritter Redner eingetragen, Herr Kollege Hagen!)

**Schmid Karl (CSU):** Hohes Haus! Es ist kein Zweifel, daß die Wirtschaft im 20. Jahrhundert ein außerordentlich kompliziertes Gebiet geworden ist. Zweitens ist es kein Wunder, wenn nach einer solchen Katastrophenwelle, wie sie über unser Europa hinweggegangen ist, gerade die Wirtschaft am schwersten betroffen sein muß, weil die Verschleuderung und Vergeudung und Vernichtung der Werte ins Ungemessene gestiegen ist, wodurch jetzt das Gegenteil, nämlich der Mangel mit all seinen Begleitscheinungen, auftritt. Es wäre schon etwas gewonnen, wenn wir in der Öffentlichkeit im allgemeinen wenigstens so weit kämen, daß wir diese Tatsachen als Ursache der Wirtschaftskrise betrachten und nicht, wie es so vielfach und fast allgemein geschieht, immer die Regierung dafür verantwortlich machen. Als ob die Fehler und der Mangel nur von der Regierung ausgingen! Das ist leider bei uns eine Tatsache, die durch verschiedene Umstände immer noch genährt und gefördert wird.

Ich darf wohl ein paar Sätze zu Ihnen sagen von einer Wirtschaftsgruppe aus gesehen, die zahlenmäßig

(Schmid Karl [CSU])

bei uns in Bayern die stärkste ist, nämlich von der handwerklichen Wirtschaft aus. Sie beschäftigt heute rund 600 000 Personen. Das sind rund 100 000 mehr, als in der gesamten bayerischen Industrie beschäftigt werden. Die handwerkliche Wirtschaft ist also bestimmt ein sehr gewichtiger wirtschaftlicher Teil.

Auch im Handwerk ist es so, daß ein Rückgang der Beschäftigung zu verzeichnen ist, allerdings nicht überall im gleichen Maß. Es kommt darauf an, ob die handwerkliche Tätigkeit auf lebenswichtige Bedürfnisse oder mehr auf kulturelle Bedürfnisse abgestellt ist. Es gibt zum Beispiel ein altehrwürdiges Handwerk, das der Holzbildhauer, bei dem es heute einfach katastrophal um die Beschäftigung steht. Das ist eine Tatsache. Die Ursache beruht in dem, was ich vorhin angeführt habe, nämlich in diesen Katastrophen und jetzt in der Hauptsache in dem allgemeinen Geldmangel im bayerischen Volk. Dazu kommt ferner das begreifliche Bedürfnis des Menschen, sich zunächst die Dinge zu beschaffen, die er absolut braucht, sei es Bekleidung, sei es Nahrung oder Wohnung. Dadurch ist nun auch im Handwerk eine schwere Krise eingetreten.

Als weitere Ursache kommt dazu, daß die Fertigungspreise in der handwerklichen Wirtschaft noch nicht in Einklang mit der Kaufkraft der Allgemeinheit gebracht werden konnten. Und warum nicht? Nicht deshalb, weil etwa das Handwerk dazu nicht den Willen hätte, sondern deshalb, weil die Art der handwerklichen Produktion eine andere ist als die der industriellen Massenproduktion, weil beim Handwerk eine Qualitätsarbeit geleistet werden muß und weil der Aufwand an Zeit, was die Hauptsache ist und worin die eigentliche Ursache liegt, einfach nicht so angerechnet werden kann. Es ist also auch hier notwendig, daß der Handwerker — das sagen ihm die Organisationen immer wieder — seine Produktion steigern und seine Arbeitsmethoden verbessern muß, so daß er in der Lage ist, dadurch auch den Preis zu senken.

Ferner spricht ein Umstand mit, der hier auch einmal ganz kräftig unterstrichen werden muß, nämlich der, daß der Handwerker in seinem handwerklichen Betrieb seinen Gehilfen nicht bei jeder auftretenden Schwierigkeit sofort entläßt. Vielmehr wird jeder Handwerker — das ist eine Tatsache — versuchen, seinen Gehilfen so lange als möglich zu halten und mitzuschleppen, weil er ja weiß, daß er auf ihn insofern angewiesen ist, als die Zusammenarbeit gerade hier eine beträchtliche Rolle spielt. Dadurch wird, vom Handwerk aus gesehen, ein großes Opfer für den Staat, für die Allgemeinheit gebracht; denn sonst würde die Arbeitslosigkeit zahlenmäßig noch bedeutend erhöht werden.

Nun kommt es ja schließlich darauf an, daß wir nicht bloß die Lage feststellen, wie sie ist, sondern uns die Frage vorlegen: Wie können wir die Arbeitslosigkeit beheben und beseitigen? Das ist der springende Punkt. Man hat in Deutschland schon einmal dieses Meisterstück glänzend vollbracht und eine Arbeitslosigkeit, die damals auch zahlenmäßig sehr groß war, in kurzer Zeit beseitigt. Warum? Nun ja, weil man

erstens Soldaten gebraucht und zweitens für die Soldaten Ausrüstungsgegenstände und Granaten und Kugeln und, weiß der Teufel, was noch alles hergestellt hat.

(Biehler: Und das Geld dazu hat man künstlich gedruckt!)

— Jetzt müssen wir uns darüber klar sein, daß der demokratische Staat diese Methode niemals anwenden kann und will. Wir wollen vielmehr eine produktive Tätigkeit. Aber bitte wie? Wir haben 300 000 oder 400 000 Arbeitslose; was können wir jetzt damit machen? Man sagt: Arbeitsbeschaffung! Gut, aber wo und wie? Da merken wir schon die Schwierigkeit. Auf unserem Sektor wäre es zunächst einmal notwendig, daß das Handwerk, das bis jetzt nicht nur stiefmütterlich, sondern mehr als stiefmütterlich behandelt worden ist, in der Kreditfrage besser behandelt wird. Viele Handwerker könnten mit produktiven Krediten eine größere Beschäftigung erreichen. Aber das nötige Kapital müßte auch hier in Form von Krediten zur Verfügung gestellt werden. Ich will hier nicht darauf eingehen, wie armselig zahlenmäßig die Handwerker bis jetzt mit Krediten bedacht wurden; es klingt geradezu lächerlich. Wenn man weiß, wie groß der Bedarf an Krediten, namentlich der Bedarf an Produktivkrediten gerade auch im Handwerk ist, müßte man eigentlich verstehen, daß mit der Gewährung gerade auch der Wirtschaft besonders gedient werden kann. Wir sind ständig im Kampf, um diese Kredite für Handwerker zu erreichen, aber leider ist es bis jetzt zum größten Teil bloß bei Versprechungen nach der Richtung geblieben, daß das Handwerk auch berücksichtigt werde.

Die Kreditgewährung ist also eine der ersten Voraussetzungen. Zweitens wäre es für uns eine große Erleichterung, wenn bei den öffentlichen Aufträgen, so weit der Staat sie vergibt, auch das Handwerk in einer gerechten Weise bedacht würde.

Weiterhin wäre die Frage der Schaffung zusätzlicher produktiver Arbeit zu lösen. Auch der Herr Wirtschaftsminister hat uns das in seiner Rede dargestellt, und ich weiß es auch aus den Handwerks- und Industrieverbänden, daß auf diesem Gebiet nach Möglichkeiten gesucht wird. Aber es handelt sich hier darum, nun herauszufinden, wie die Leute beschäftigt werden sollen, wenn das Material, die Werkzeuge für produktive Arbeit vorhanden sind. In gemeinsamer Zusammenarbeit der Regierung mit den Organisationen und auch mit der Allgemeinheit müßte der Weg gefunden werden, um die Arbeitslosigkeit, die ganz bestimmt eine sehr ernste Gefahr ist — darüber sind wir uns alle klar —, zu beseitigen; denn es ist nichts schlimmer für den Menschen, als wenn er in Not ist und dadurch an sich und an der Welt verzweifelt.

Welche Produktivmaßnahmen sind nun in der Zukunft möglich? Das kann ich hier augenblicklich auch nicht bestimmt sagen. Infolgedessen müssen wir jetzt schon die Wege prüfen und versuchen, in gemeinsamer Zusammenarbeit über alle Parteien hinweg eine Erleichterung und eine Lösung zu finden.

**I. Vizepräsident:** Hohes Haus! Es sind jetzt noch vier Redner gemeldet. Ich darf die Bitte aussprechen, sich möglichst kurz zu fassen.

Es folgt der Herr Abgeordnete Dr. Franke.

**Dr. Franke (SPD):** Hohes Haus! Ich werde versuchen, in äußerster Kürze nur die materielle Seite zu behandeln, ohne rhetorisches Beiwerk. Der Herr Wirtschaftsminister hat betont, daß am Anfang jeder arbeitsintensiven Investition, wie sie allgemein zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit notwendig ist, immer der nervus rerum, die Geldbeschaffung, steht. Er hat dabei auf die Marshall-Hilfe hingewiesen und weiterhin betont, wie wichtig es ist, daß ein einmal zugesicherter Betrag de facto nicht davonschwimmt. Ich muß leider auf Grund eines mir von den interessierten Kreisen gewordenen Auftrags davon Mitteilung machen, wie eine sehr große und beträchtliche Geldsumme buchstäblich davongeschwommen ist, als es sich darum handelte, unsere Wasserversorgung zu finanzieren. Deshalb bitte ich um die Erlaubnis, mich auf die Akten selbst stützen zu dürfen. Es handelt sich um ein Rundschreiben des Verbandes Bayerischer Gas- und Wasserwerke.

Betrifft: Investitionskredite.

Wie bereits aus der Presse bekannt, ist die erste Rate (zweites Halbjahr 1949) der Marshallplan-Gelder nunmehr genehmigt und wird in Kürze zur Verteilung gelangen.

Die Bayerischen Gaswerke sind an dieser ersten Rate mit 2 891 000 DM beteiligt, und in unserem Rundschreiben „Gas und Wasser“ Nr. 16 vom 8. November 1949 haben wir diejenigen Gaswerke genannt, an welche die Kreditsumme von 2 891 000 DM ausgeschüttet werden soll.

Nach Mitteilung der AGW wird sich der Zinssatz auf 7 bis 7,5 Prozent stellen. Die Laufzeit der Kredite beträgt 10 Jahre, wobei jedoch für die ersten drei Jahre eine Stillhaltezeit eingeräumt werden kann, eventuell unter entsprechender Verlängerung der Laufzeit. Außerdem soll die Möglichkeit einer vorzeitigen Rückzahlung des Kredits bestehen, falls unter Umständen in Zukunft Kredite zu billigeren Bedingungen zu beschaffen sind.

Nun aber folgt die traurige Mitteilung:

Die Bayerischen Wasserwerke werden bei der Verteilung der ersten Rate der Marshallplan-Gelder leider leer ausgehen. Gerüchtweise erhielten wir von diesem bedauerlichen Tatbestand am 26. November 1949 Kenntnis und haben uns daraufhin sofort beschwerdeführend an alle zuständigen Instanzen gewandt.

Die Verwaltung für Wirtschaft, Frankfurt am Main/Höchst, beantwortete unsere Vorstellungen am 2. Dezember 1949 wie folgt: „Die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung des Landes Bayern konnte in der ersten Rate der Planungsliste aus ECA-Mitteln nicht berücksichtigt werden, weil die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern die von der ECA-Mission geforderten Unterlagen trotz mehrfacher Erinnerungen nicht termingerecht beibringen konnte. Von einer Nachreichung der etwa drei Wochen verspätet eingetroffenen unvollkommenen Anträge für das Land Bayern mußte abgesehen werden, da der Gesamtplan zu dieser Zeit bereits der ECA-Mission zur Genehmigung vorlag und nicht gefährdet werden durfte. Ich sehe zur Zeit keinen Weg, die Kreditwünsche der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung des Landes Bayern

in der ersten Rate unterzubringen, werde mich aber bemühen, das Land Bayern bei künftigen Planungen besonders zu berücksichtigen. Eine dahingehende Absprache wurde in mehreren Besprechungen mit Vertretern der Obersten Baubehörde getroffen.“

Soweit diese doch immerhin erstaunliche Mitteilung. Ich möchte die Zwischenakten nicht vorlesen. Es ist bei der Einreichung der verschiedenen auszufüllenden Fragebogen und der Unterlagen nichts versäumt worden. Es wurde auch kein Termin versäumt. Alles ist korrekt eingereicht worden. Es muß auch noch betont werden, daß sich der Landesverband der Gas- und Wasserwerke in München, der diese Akten bekam, durch seinen Vertreter, Dr. Stein, rechtzeitig eingeschaltet hat.

Dann heißt es weiter:

Es wurde erreicht, daß der Antrag für die Gaswerke nach Frankfurt am Main zur weiteren Behandlung weitergegeben wurde; dagegen lehnt es Herr Staatssekretär Fischer von der Obersten Baubehörde ab, die Anträge der Bayerischen Wasserwerke weiterzuleiten, da die Wasserversorgung Sache des Landes Bayern sei und als solche auch von ihm behandelt werde.

Soweit das vorliegende Aktenmaterial. Nun erheben sich — bei Unterstellung, daß alles stimmt — folgende Fragen: Ist sich Herr Staatssekretär Fischer dabei im klaren gewesen, welchen Schaden er mit seiner Maßnahme den bayerischen Gemeinden und der bayerischen Wirtschaft dadurch zufügte, daß er sich einen möglichen und günstigen Kredit entgehen ließ? Ganz abgesehen von der Finanzlage des Staates und der seit Jahr und Tag bestehenden Wassernot in Bayern, die wegen der großen Bevölkerungszunahme und der Trockenperiode in den letzten Jahren immer größer wurde!

Es ist weiter zu fragen: Kann ein Staatssekretär in das hier bestehende Recht der Gemeinden so einschneidend eingreifen wie im vorliegenden Falle? Hier hat sich doch wirklich eine einmalige Gelegenheit geboten, einem Teil von Gemeinden Mittel zur Behebung ihrer Wassernot zu beschaffen, ohne daß für den bayerischen Staat ein Risiko bestand. Man muß also fragen, was in der Folgezeit in diesen Angelegenheiten und bei solchen Erfahrungen geschehen soll.

Ich will mit folgenden Worten schließen: Der Aufbau der Demokratie beginnt immer bei den Gemeinden. Sehen Sie sich die zahlreichen Versuche erfolgreichster Selbsthilfe an! Wir sind auch der Meinung, daß die Lösung der Arbeitslosenfrage undenkbar erscheint und zumindest sehr erschwert ist, wenn den durch die gemeindliche Selbstverwaltung und die Selbsthilfe gegebenen freien Kräften die Hände gebunden werden. Als Hilfsstellung für den Staat können Maßnahmen dieser Art nicht betrachtet werden. Sie stellen lediglich eine negative Lenkung dar, die sich hoffentlich bald in eine positive verwandelt.

**I. Vizepräsident:** Ich danke dem Herrn Abgeordneten, daß er sich so kurz gefaßt hat. Es folgt der Herr Abgeordnete Dr. Hille.

**Dr. Hille (SPD):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zum eigentlichen Thema des Tages Stellung nehme, bin ich verpflichtet, eine Erklärung abzugeben. Der Herr Bundesminister Seeböhm ist

(Dr. Hille [SPD])

auch durch unser schönes Bayernland gereift in der Absicht, der bayerischen Wirtschaft auf seinem Gebiete indirekt zu helfen. Bei dieser löblichen Absicht hat der Herr Bundesminister, nachdem er wahrscheinlich genug Zeit hatte, in seinem Sonderzug die „Süddeutsche Zeitung“ zu lesen, herausgefunden, daß es scheine, als ob ausgerechnet im Bezirk des Arbeitsamtes München die Arbeitsunmoral fast nicht zu übertreffen sei. Dies hat ihn so erschüttert, daß er darüber zeitweise sogar seine eigentliche Aufgabe vergessen zu haben scheint und sich in einer Reihe von Versammlungen zu Bürgermeistern und sonstigen Amts- und auch Privatpersonen ernstlich über dieses Sündenbabel München und die Arbeitsunmoral in München ausgelassen hat. Er hat seinen Zeigefinger erhoben wie jene bekannte Dame und hat gesagt: Das sollte eigentlich in Bayern nicht passieren und es muß unbedingt sofort ein Exempel statuiert werden! — Herr Bundesverkehrsminister! Leider kann ich mit Ihnen jetzt keinen Dialog führen, ich möchte Ihnen aber folgendes sagen: Die Arbeitsmoral ist angesichts des großen Glends auf dem Arbeitsmarkt in München nicht schlechter wie in anderen Bezirken, vielleicht sogar besser.

Um was hat es sich denn eigentlich gehandelt? Um einen sehr einfachen, fast lächerlichen Vorgang. Die Stadt München hat eine Anzahl Schneeräumer gebraucht. Diese Schneeräumer wurden bereits immer im voraus in großer, ja in viel zu großer Auswahl bestimmt. Zeitweise ist dann Schnee gefallen. Die Schneeräumer sind mit einer Akkuratessa angerannt gekommen, daß die Herren Reinigungsinspektoren der Stadt München das graue Glend gepackt hat und daß sie gesagt haben: Um Gottes willen, wir haben ja noch nicht einmal 5 Zentimeter Schnee! Für diesen Fall sollten sich nämlich erst diese Schneeräumer melden. Man hat nun einen Großteil dieser Schneeräumer wieder nach Hause geschickt. Zwei oder drei Tage später, am 5. Januar, sind nun wirklich 7 Zentimeter Schnee gefallen. Diesmal haben sich die Leute, die früh um 6 Uhr an ihrem Arbeitsplatz sein sollten, geäußert wie Götz von Berlichingen und sich gesagt: Ich bleibe schön in meinem Bett liegen, ich riskiere es nicht noch einmal, für meinen guten Willen nach Hause geschickt zu werden! Aber die Bundesbahn hat ihrerseits 800 Schneeräumer angefordert und uns bestätigt, daß diese Anforderung in vorbildlicher Weise befriedigt wurde. Seine eigene Institution hat uns das tatsächlich bestätigt, aber der Herr Bundesverkehrsminister brauchte offenbar auch in Bayern irgendeinen Ablenkungspunkt. Das war vielleicht der böse sozialdemokratische Arbeitsamtsleiter in München, der, das sei nun der historischen Wahrheit wegen festgestellt, an diesem Vorgang völlig unschuldig ist!

Damit glaube ich etwas richtiggestellt zu haben, was sogar meinen Kollegen Laumer veranlaßt hat, seinerseits die Register zu ziehen und zu sagen: Wenn so etwas bei mir vorgekommen wäre, dann hätte es natürlich einen Abzug gegeben! Als ob wir in München nicht die gleiche Methode hätten, daß Leute, die sich beharrlich weigern, eine Arbeit anzunehmen — das ist hier in München genau so wie bei Ihnen in Straubing, Herr Kollege, wie in ganz Bayern und wahrscheinlich auch in ganz Deutschland —, keinen irgendwie gearteten An-

spruch auf öffentliche Hilfe besitzen! Damit, glaube ich, kann ich dieses Kapitel abschließen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedauere es, ehrlich gesagt, daß dieses Haus eine so gährende Beere aufzeigt. Es ist allerdings verständlich nach einer solchen, beinahe bewegten Nacht. Es ist weiter verständlich, weil nach der bisherigen Übung immer am Freitagnachmittag Schluß gemacht wird und einige Herren schon vormittags abfahren. Ich kann mich infolgedessen nicht mehr der Aufgabe unterziehen, mit der Gründlichkeit und mit der Gewissenhaftigkeit und mit der Kraft der Analyse alle die Dinge aufzuzeigen, wie sie heute aufgezeigt werden müßten. Wenn Sie mir hinterher also den Vorwurf der Oberflächlichkeit machen,

(Zuruf: Das tun wir nicht!)

wird mich das nicht so schwer treffen.

Ich darf gleich im voraus einige Feststellungen treffen: Wir verfolgen mit Gewissenhaftigkeit die Ursachen, die zur Arbeitslosigkeit führen. Wir sehen bei all den Anträgen auf Betriebsstilllegung, Massenentlassung usw., daß es in erster Linie der Mangel an Umsatz und in zweiter Linie der Mangel an Kapital ist; diese Mängel bedingen sich gegenseitig. Die einen entlassen, weil sie volle Lager und keine Abnehmer haben; es fehlt an der Kaufkraft. Die anderen entlassen, weil sie für ihre Produktion, die durchaus absetzbar wäre, nicht das nötige Kapital haben.

Ich habe es schon anlässlich der letzten Interpellation gesagt, daß tatsächlich eine Kapitalfehlleitung großen Umfangs zu verzeichnen ist. Ich muß es mir in diesem Rahmen ersparen, etwa mein Amtsgeheimnis zu durchbrechen; ich kann infolgedessen keine Tatsachen, ich kann infolgedessen auch keine Namen nennen. Aber eines steht fest: Man braucht nur gewisse Wirtschaftszeitungen durchzugehen, um festzustellen, daß genügend Kapital vorhanden ist. Allein im Jahre 1949 sind in die Wirtschaft 16 Milliarden investiert worden. Die Frage ist nur die, ob diese 16 Milliarden richtig investiert worden sind. Die Wirtschaftszeitungen sind in diesem Punkt ganz verschiedener Meinung. Die „Stuttgarter Wirtschaftszeitung“ spricht davon, es sei eine zu geringe Kapitalausstattung vorhanden. Der „Neue Vorwärts“ hat sich der Mühe unterzogen — ich glaube, Sie kennen das Organ —, in einem sehr aufschlußreichen Artikel mit der Überschrift „Kapitalmangel“ nachzuweisen, daß diese Investitionen tatsächlich in viel zu starkem Maße für betriebseigene und im Grunde genommen unproduktive Zwecke erfolgten. Die Praxis bestätigt das. Es ist nicht so, daß wir heute den Schrei — es ist nicht überall gleich, das ist klar — nach zusätzlicher Kapazität, also, vollstümlich gesprochen, nach Arbeitsplätzen, erheben müssen. Eine der vordringlichsten Forderungen des Herrn Wirtschaftsministers wird es sein müssen, die vorhandene Kapazität restlos auszunutzen. Wenn eine Firma 300, die andere 500, die andere 700 Arbeitskräfte entläßt, wenn eine Firma mit 300 Beschäftigten stilllegt, die andere mit 1000 beinahe stilllegt, und wenn es sich dabei um Firmen handelt, die eine vorzügliche technische Ausstattung haben, dann können wir doch nicht behaupten, daß in diesem Falle die mangelnde Kapazität die Ursache der Arbeitslosigkeit ist; es ist die nicht ausgenutzte Kapazität, die infolge mangelhafter Kapitalausstattung und darüber hinaus

(Dr. Hille [SPD])

infolge Dispositionsunfähigkeit zu Entlassungen führen muß.

(Zuruf von der CSU: Was zu beweisen wäre!)

— Was zu beweisen ist, sehr verehrter Herr Kollegal! Es hat sich ja gezeigt, daß eine Reihe größerer Betriebe in Bayern von sogenannten Managern, Direktoren, Treuhändern, und wie sie alle heißen mögen, geleitet werden, daß jene Herren es aber nicht verstanden haben, die vielgerühmte schöpferische Initiative im rechten Sinne überhaupt zu entfalten. Wir stellen einen bürokratischen Geist dieser Manager fest, der — ich war selbst nicht in Rußland — wahrscheinlich jener russischen staatskapitalistischen Wirtschaft irgendwie verwandt ist.

Die Tatsache, daß die Märkte, die eigenen Absatzmärkte und die Bezugsmärkte, nicht mehr nach wirtschaftlichen und erfahrungsmäßigen Gesichtspunkten beobachtet werden, trägt dazu bei, daß sie auch nicht mehr beherrscht werden. Wir können doch in Bayern fast jeden Tag feststellen, daß plötzlich dieser oder jener Unternehmer, hauptsächlich dieser oder jener Manager kommt und erklärt: Es tut mir leid, ich habe nun für 3 Millionen Fertigwaren am Lager, ich bin daher gezwungen, 350 Leute zu entlassen. Wußte denn dieser Mann nicht im voraus, daß der Markt für diesen und jenen Artikel überhaupt nicht vorhanden ist? Da hat z. B. eine Firma ein Gerät entwickelt, das mit allen Teilen zusammen 1600 DM kostet, und hat dafür 250 000 DM aufgewendet. Dabei hätte sie die Möglichkeit gehabt, ein kleines Gerät herauszubringen, für das der Markt aufnahmefähig gewesen wäre. Aus seiner Idee heraus ist aber der Manager oder vielleicht der Techniker oder Konstrukteur nicht dazu gekommen, den echten Markt zu erforschen, und so wurden 250 000 DM hineingesteckt und darüber hinaus ein Kredit von 3 Millionen aufgenommen, um dann kurz nach der Aufnahme erklären zu müssen: Es tut mir leid, ich muß den Betrieb schließen. Hier fehlt es an den allermindesten Voraussetzungen für die Lenkung einer kapitalistischen Wirtschaft.

Es sind das aber nicht die einzigen Gründe, die zur Arbeitslosigkeit führen. Dieser Winter hat, ehrlich gesagt, unter einem ganz besonderen Zeichen gestanden. Eine Reihe von Kleinindustrieunternehmen — es sind auch zwei größere darunter — hat einfach den Betrieb schließen oder Massenentlassungen vornehmen müssen, weil die Saison nicht beziehungsweise zu spät eingetreten ist. So mußte eine hiesige Firma ihren Betrieb deshalb stilllegen, weil aus Norwegen Schi eingeführt wurden, die die Firma hier fabrizieren könnte. Es ging aber handelsvertragspolitisch nicht anders, wie man uns gesagt hat.

Damit komme ich auf ein Thema, das wir in diesem Zusammenhang doch kurz diskutieren müssen. Ist es wirklich notwendig, daß der Herr Bundesminister Dr. Erhard Handelsverträge abschließt, die geeignet sind, die heimische Produktion schwer zu schädigen? Ich bin überzeugt, daß es nicht notwendig ist. Was wir einführen müssen, sind Rohstoffe, vielleicht auch Halbfertigfabrikate. Die Einfuhr von Fertigfabrikaten dagegen muß, soweit die deutsche Industrie selbst in der Lage ist, sie zu liefern, unter allen Umständen unterbleiben. Das ist unsere Kritik an dieser Handhabung der Handelsverträge, die uns be-

reits über den Kopf wachsen. Diese Tatsachen aber muß man aufzeigen. Es genügt nicht, festzustellen, daß wir 500 000 Erwerbslose haben; wir müssen darüber hinaus auch die Ursachen aufzeigen.

Damit komme ich zum eigentlichen Thema: Es fehlt an der Wirtschaftsgesinnung, auf die es im Grunde ankommt. Der Kampf um die Märkte ist ein Kampf auf Leben und Tod. Man hat in diesem Kampf aber aus der Vergangenheit nichts gelernt. Es ist das ein Kampf, der — das kann man beinahe mathematisch berechnen — unweigerlich zu neuen Kriegen führt, wenn es die nationalen Wirtschaften nicht verstehen, alle Märkte den großen Gesichtspunkten unterzuordnen. Wir können dabei nicht nur mit kleinen Maßstäben messen. Das Beispiel mit den eingeführten Schi ist sehr gut, aber es ist nur typisch für das, was tatsächlich um uns vorgeht, und auch typisch für unsere Einflußlosigkeit im europäischen und außereuropäischen Raum. Hier liegen naturgemäß die tiefsten Ursachen für diese Krise. Die kapitalistische Wirtschaft, die heute noch nach den Grundsätzen des Liberalismus arbeiten will, weil sie tatsächlich glaubt, es sei eine Renaissance des Liberalismus angebrochen, hat alle Erfahrungen der Geschichte ignoriert, und ich sage: Hitler selbst ist in seiner letzten Entwicklung gar nichts weiter wie der Handlanger jenes Kampfes um die Märkte gewesen. Es war das ein geschichtlicher Prozeß, der kommen mußte. Wer den Hebel ausgelöst hat, ist gleichgültig. Es war das die fast mathematische Folge einer Entwicklung, die sich plastisch vor unseren Augen abspielt.

Dazu tritt noch ein anderes: die zweifellos gewollte Infiltration des Ostens. Diese Erscheinung ist der anderen in gewissem Sinne an Bedeutung gleichzusetzen. Alles, was die Regierung mit gutem oder mangelndem Willen tut, wird eliminiert durch jeden Mann, der legal oder illegal über die Grenze kommt. Wir schaffen Arbeitsplätze, wir schaffen Kredite, wir versuchen, unser Bestes zu tun — ich habe den Herren der Regierung schon seinerzeit gesagt, ich bin überzeugt, daß sie alles tun, was in ihren Kräften steht —, hier aber ist das Element, das unsere ganze Rechnung über den Haufen wirft, weil es nicht faßbar ist, weil wir es in seiner Größe nicht berechnen können. Dabei wird auf diese Weise der Ostraum Deutschlands nach und nach entvölkert. Wenn nur 350 000 Menschen aus dem Ostraum jährlich in die Westzonen kommen und wir die 150 000 hinzurechnen, die als Sterbeüberschuß für den Osten heute schon nachgewiesen sind, dann sind das im Jahr eine halbe Million Menschen, um die sich die Einwohnerzahl drüben verringert, und nach einem einfachen Rechenexempel wird dann in 20 Jahren der Ostraum auf kaltem Wege so entvölkert sein, daß er als zusätzlicher Wirtschaftsraum Deutschlands verloren ist. Wenn wir diese Beobachtungen nicht einmal ernsthaft anstellen —

(Zuruf: Was nützen Beobachtungen?)

— Die Dinge beobachten heißt, die politischen Konsequenzen ziehen! Ich richte hier meine Mahnung auch an die Befugungsmächte und ebenso aber auch an die Bundesregierung, alles zu versuchen, um mit dem Osten in handelspolitische Beziehungen zu treten und nicht nur Gespräche darüber zu führen, die die Vertiefung der handelspolitischen Beziehungen, soweit das überhaupt politisch verantwortet werden kann, betreffen. Meine Damen und Herren! Ich persönlich bin ein ent-

(Dr. Hille [SPD])

schiedener Gegner des Kommunismus; ich bin ein ebenso entschiedener Gegner des Bolschewismus. Das kann mich aber bei meiner Betrachtungsweise nicht daran hindern, die Leute, die dort noch daran glauben, daß ein einiges Deutschland zustandekommt, mit Vertrauen zu erfüllen, indem wir ein Maximum an gutem Willen unter Beweis stellen. Ich glaube, daß es möglich sein wird, eine wesentliche Befruchtung auch der bayerischen Wirtschaft zu erreichen, wenn es gelingt, diese Beziehungen auszubauen. Im übrigen kann ich mich auf meinen Aufsatz „Brückenbauer“ im „Münchner Merkur“ beziehen, was die politische Seite des Problems betrifft. Ich möchte doch nicht in den Verdacht kommen, heute für Sowjetrußland geworben zu haben. Ich werbe für eine vernünftige handelspolitische Aktion nicht nur mit der Ostzone, sondern auch mit Sowjetrußland. Dafür werbe ich allerdings mit allen Einschränkungen, die sich aus unserer konsequenten Ablehnung des dortigen Systems ergeben. Das ist selbstverständlich.

(Stinglwagner: Wenn Sie alle gelten lassen, bleibt nichts mehr übrig!)

— Das ist nicht so. Auch die werden nur mit Feuer kochen können. Es wird wahrscheinlich jetzt möglich sein, mit Radarstrahlen Wärme zu erzeugen. Auch sie werden die Radarstrahlen brauchen, die von Europa und Amerika kommen. Der Osten wird aus sich allein nicht leben können, das ist meine Überzeugung. Ich kann mich angesichts der fortgeschrittenen Zeit auf solche Gespräche leider nicht näher einlassen, die sehr fruchtbar sein könnten, wenn wir uns einmal die Mühe machen würden, das Problem sachlich und leidenschaftslos zu diskutieren.

Ich habe mir noch einen Punkt aufgeschrieben, der mir besondere Sorge macht, das ist der Schwarze Markt, soweit er für die Einfuhr von Fertigfabrikaten, von der Zigarette bis hinauf zum Anzug, in Frage kommt. Dieser Schwarze Markt hat es tatsächlich fertiggebracht, daß die Gebrauchsgüterindustrie einschließlich der Genussmittelindustrie wesentliche Einbußen an Umsätzen, also an Produktion, erlitten hat. Dieser Schwarze Markt, so berichtet die zuständige Abteilung des Finanzministeriums, hat wahrscheinlich — genaue Zahlen weiß man nicht — mehr als eine Jahresproduktion einer der größten Zigarettenfabriken unseres bayerischen Vaterlandes verbraucht.

(Hört! Hört!)

Ähnlich liegen die Dinge, was die Einfuhr von Stoffen und sonstigen Verbrauchsgütern betrifft. Ist es nicht möglich, daß die Befugungsmacht das tut, was im Interesse der Gelder läge, die die Amerikaner zur Verfügung stellen: nämlich Mittel und Wege zu schaffen, daß die eigenen Versuche, das Wirtschaftselend aufzulockern, nicht hinfällig werden? Wir müssen in dieser Stunde die Befugungsmacht bitten, mit der Bundesregierung und der bayerischen Regierung zusammen diesen Schwarzen Markt viel ernster ins Auge zu fassen, als es bisher geschehen ist, weil er geeignet ist, die Zahl der Arbeitslosen um Zehntausende zu vermehren. Wir müssen die Dinge in diesem Zusammenhang heute aussprechen, wenn wir für uns in Anspruch nehmen wollen, ernst genommen zu werden. Über die

kleinen Erscheinungen kann man bei gegebener Gelegenheit sprechen.

Es wäre notwendig, über eine Reihe weiterer Gesichtspunkte zu diskutieren, die heute anzuschneiden leider nicht möglich ist. Ich möchte vorschlagen, sobald sich Gelegenheit dazu bietet, in sachlicher und — ich möchte das noch einmal sagen — vorurteilsfreier Weise die Problematik zu besprechen, die geeignet ist, unser Wirtschaftsleben immer mehr zu schädigen. Die kommende Debatte zum Wirtschaftsetat wird, so hoffe ich, hierzu Gelegenheit geben. Ich konnte mich angesichts der Leere dieses Hauses nicht dazu verstehen, alle die Dinge, die ich mir noch notiert habe und die mir wesentlich erschienen, noch zu nennen, um die Ursachen zu ergründen, die hinter diesen Erscheinungen stehen. Es genügt um Gottes willen nicht, daß wir nur periphere Hilfsmaßnahmen besprechen. Ich könnte Ihnen beispielsweise noch einen Vorschlag unterbreiten — ich werde darüber nicht eingehender sprechen; es hat gar keinen Sinn mehr —, der heute überhaupt noch nicht gemacht worden ist: Es ist jener Fonds zu schaffen, der es wirklich ermöglicht, den Baumarkt endlich anzufurbeln. Dabei geht es darum, den unproduktiven Teil der Baukosten durch Staatsbeihilfen zu beseitigen, den rentableren Teil aber durch einen circulus vitiosus, das heißt durch erhöhte Rückzahlungsquoten immer und immer wieder erneut dem Baumarkt oder Kapitalmarkt zuzuführen. Das ist möglich. Der Versuch ist mit Erfolg gemacht worden. Der Versuch bedeutet, daß mit dem Ansteigen des Finanz- oder Kreditvolumens, das naturgemäß von Jahr zu Jahr ansteigt, die Rückflüsse so erheblich werden, daß in jedem Jahr immer mehr Mittel fließen — zehn, zwanzig, dreißig Millionen — und auch dann zur Verfügung stehen, wenn einmal die Steuer- und Kreditmittel sehr knapp sind.

Es ließen sich noch eine Reihe weiterer solcher Vorschläge unterbreiten. Da ich aber die Stunde, sagen wir einmal, nicht mehr für geeignet halte, will ich mich mit dem Wenigen heute begnügen.

**I. Vizepräsident:** Es folgt noch der Herr Abgeordnete Hofmann.

**Hofmann (SPD):** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich Ihre Aufmerksamkeit noch kurz auf ein besonderes Gebiet lenke!

Ständige Beschäftigung, ausreichender Verdienst, ordentliche Wohnung, warme Kleidung sind leider im letzten Jahre unerfüllte Wünsche vieler Menschen geblieben, vieler Menschen insbesondere aus dem Notstandsgebiet Oberpfalz-Niederbayern. Ich möchte Sie nicht mit Zahlen belästigen. Aber nehmen Sie sich, bitte, die Mühe und suchen Sie sich die Zahlen der Arbeitsämter heraus, die in diesem Gebiet liegen! Sie werden feststellen, daß dort die Arbeitslosigkeit um das Zwei-, Drei- und Mehrfache größer ist als in den übrigen Gebieten Bayerns. Es handelt sich hier um ein Wirtschaftsgebiet, das durch die eingetretenen Verhältnisse, durch die Abschürfung der Grenze zur CSR und nach Österreich aus seiner normalen Entwicklung geworfen wurde. Die Wirtschaft hat so viel Blutverlust gehabt, daß sie ohne Zufuhr von anderswoher nicht mehr existieren kann. Wir haben in der vergangenen Woche Gelegenheit gehabt, mit dem Herrn

(Hofmann [SPD])

Bundesverkehrsminister dieses Gebiet zu besuchen; gerade in diesem Gebiet herrscht ja eine besondere Wirtschaftss- und Verkehrsarmut.

Die Aufführung der Probleme, die dort zu lösen wären, will ich mir ersparen. Der Staatsregierung sind sie bekannt. Der Herr Verkehrsminister und die beiden Staatssekretäre Fischer und Geiger, letzterer vom Wirtschaftsministerium, haben ja an der Besichtigungsfahrt teilgenommen, so daß die Herren im Bilde sind. Es wäre bei den drei Verkehrsträgern sehr viel Arbeit zu leisten: sowohl hinsichtlich der Wasserstraßen als im Straßenverkehr als auch auf dem Gebiet des Schienenwegs. Überall wäre Arbeitsmöglichkeit, -gelegenheit und -notwendigkeit vorhanden. Es fehlt nur an den notwendigen Mitteln. Ich muß deshalb gerade für dieses Gebiet einen Not- und Hilferuf an die Staatsregierung richten und bitten, daß bei Vergebung von Mitteln besonders dieses Gebiet bedacht und daß besonders dort, wo die Not am größten ist, versucht wird, entsprechend zu helfen. Ich verweise nur darauf, welcher Jubel vor 14 Tagen geherrscht hat, als zum ersten Male wieder ein Tito-Schiff im Regensburger Hafen ankam, nachdem ja bisher ein Verkehr auf der Donau mit dem Balkan nicht mehr möglich war.

Gerade im Bereich des Arbeitsamts Regensburg sind die Verhältnisse außerordentlich ungünstig. Von den vorhandenen 78 000 Menschen, denen eine Beschäftigung möglich wäre, sind zur Zeit nur mehr 61 000 beschäftigt, so daß 19 000 Arbeitslose vorhanden sind.

(Dr. Hille: 17 000!)

— 2000 waren in der vorigen Woche bereits angemeldet und sind jetzt arbeitslos, so daß es 19 000 sind, Herr Kollege Hille. Das sind für diese Stadt unerträgliche Verhältnisse. So sieht es aber nicht nur hier aus, sondern im Bayerischen Wald haben wir Gemeinden, in denen die Einwohner zu 75, 80 und 90 Prozent arbeitslos sind. Die Gemeinden sind nicht mehr imstande, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden.

Daher bitte ich die Staatsregierung, daß sie besonders beim Wohnungsbau nicht wieder wie im vergangenen Jahre erst dann versucht, die Arbeit zu beginnen, wenn das Jahr bereits zur Hälfte vorüber ist oder dem Ende entgegengeht, sondern daß sie versucht, möglichst rasch den Wohnungsbau in Gang zu setzen. Darüber hinaus gäbe es in diesem Gebiet, wie bereits erwähnt, Arbeitsmöglichkeiten genug. Ich erinnere nur daran, daß zwei Gemeinden bereits seit über 40 Jahren bemüht sind, im Bezirk Regensburg zwischen Wörth und Pfatter eine Brücke zu bekommen, wo auf eine Strecke von 58 Kilometern des Stromlaufs keine Möglichkeit besteht, die Donau zu überqueren.

Wir haben vorhin vom Herrn Wirtschaftsminister gehört, daß versucht worden ist, der Bundesbahn Gelder zuzuführen, um die Werkstätten zu beschäftigen. Ich möchte dem Herrn Wirtschaftsminister sagen, daß seit vorgangenen Montag die gesamten Bahnunterhaltungsarbeiter Kurzarbeit leisten müssen, weil sonst wiederum eine Anzahl entlassen werden müßte. Die Streckenarbeiter in der Bahnunterhaltung leisten also Kurzarbeit. Auf diesem Sektor wäre eine außerordentlich dankbare Aufgabe vorhanden. Alle Rohstoffe könn-

ten aus unserem eigenen Gebiet beschafft werden, Schienen, Schotter und Holzschwellen, Arbeitskräfte wären hierfür in genügendem Ausmaß vorhanden. Diese Menschen müssen nun kurzarbeiten, obwohl Möglichkeiten zur Arbeit reichlich vorhanden wären.

Ich kann Ihnen das an einem Beispiel klarmachen. Die Wissenschaft hat festgestellt, daß eine Eisenbahnschiene im Durchschnitt ungefähr 37 Jahre lang hält. Ein Siebenunddreißigstel des gesamten Streckennetzes müßte also im Jahr erneuert werden. Und wissen Sie, wie hoch zur Zeit die Quote ist? Sie beträgt nicht 37, sondern 307, so daß eine Schiene 307 Jahre alt werden müßte. Das ist ein Zustand, der wohl sicher als sehr bedenklich angesehen werden muß.

Daher bitte ich die Staatsregierung, sich gerade mit den Vorhaben in diesem Gebiet zu beschäftigen, um die Not der Menschen dort einigermaßen mit lindern zu helfen. Sie wird sich dabei einer dankbaren Aufgabe widmen.

**I. Vizepräsident:** Herr Staatssekretär Fischer möchte noch zwei Worte sagen.

(Bezold Otto: Aber nur zwei Worte! — Zietsch: Das ist nur bildlich gemeint!)

**Staatssekretär Fischer:** Meine Damen und Herren, hohes Haus! Ich darf mich wirklich sehr kurz fassen. Der Herr Abgeordnete Dr. Franke hat vorhin die Frage angeschnitten, ob wir und warum wir nicht rechtzeitig Mittel bei der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft in Frankfurt für die Wasserversorgung angefordert haben. Ich darf dazu sagen: Hier scheint zunächst ein Aktvorgang zwischen Frankfurt und der Obersten Baubehörde nicht in unsere Hände gekommen zu sein. Ich habe sodann am 5. November 1949 ein Schreiben von Frankfurt erhalten, das von mir am 15. November beantwortet wurde. In unserem Schreiben haben wir mitgeteilt: Wir brauchen für das und das von Seiten des Bundes eine Hilfe von 30 Millionen. Dieses Schreiben schließt mit folgenden Worten: „Die ländlichen Wasserversorgungsanlagen, die mittelbar durch Arbeitersparnis zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung beitragen, sind zunächst nicht in die Anmeldung aufgenommen. In diesem Falle soll das Ergebnis der Besprechung zwischen Ihrem Herrn Dr. Steuer und Oberregierungsrat Bergler am 15. November abgewartet werden. Gegebenenfalls werden die benötigten Unterlagen sofort nachgereicht.“ Die Besprechung der beiden Herren hat am 15. November stattgefunden und schon wenige Tage darauf waren die Unterlagen, die zur Bereitstellung der Mittel für die ländliche Wasserversorgung notwendig waren, in Frankfurt.

**I. Vizepräsident:** Die Aussprache ist geschlossen.

Nach den Beschlüssen des Ältestenrats findet die nächste Vollsitzung des Bayerischen Landtags am 7. Februar, nachmittags 15 Uhr, statt. Ich bitte, das Präsidium zu ermächtigen, die Tagesordnung festzusetzen. — Es ist so beschlossen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 13 Uhr 9 Minuten.)